

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mt. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petizette oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Wer trägt die Kosten von Lohn- erhöhungen?

I.

w. Als zur letzten Vertragsbewegung die Lohnforderungen formuliert waren, erhob sich bei den Unternehmern, wie immer in solchen Fällen, ein gewaltiges Lamento über dieses Attentat auf ihren Geldbeutel. Man rechnete die Millionen aus — stark nach oben abgerundet natürlich — die die Geschichte kosten würde, und klagte in beweglichen Tönen, daß die Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Arbeitgeber durch solch eine Belastung ruiniert werden müßten. Aus Gründen, die ja verständlich sind, wurde so getan, als ob die zugelandenen Lohn erhöhungen bei Heller und Pfennig aus dem Portemonnaie der Unternehmer gezahlt werden müßten und sich deren Einkommen um genau so viel verringere, wie den Arbeitern mehr zugestanden sei.

Sehr im Gegensatz zu dieser Deduktion steht eine andere Theorie über die Wirkungen von Lohn erhöhungen, die nicht rühfelig an das gute Herz, sondern an den Verstand der Arbeiter appelliert, um ihnen klarzumachen, daß es nichts Zweckloseres auf der Welt gebe, als Lohn erhöhungen zu verlangen. Denn der Unternehmer könne aus seiner Tasche überhaupt nichts zahlen und sei genötigt, alles wieder auf die Konsumenten seiner Waren abzuladen.

Mit ihren fortwährenden Lohnforderungen schneiden sich die Arbeiter nur ins eigene Fleisch. Was sie den Unternehmern an Lohn erhöhungen abzwängen, muß dieser wieder auf den Preis seiner Waren draufschlagen und so müssen, letzten Endes die Arbeiter als Warenkäufer die Kosten ihrer eigenen Lohn erhöhungen tragen.

Das ist eine landläufige Weisheit, die nicht nur an zahllosen Bierlischen mit Schwung und Heberzeugung vortragen wird, sondern auch an gewissen Nationalökonomien eifrig beifolgt gefunden hat. Die Gewerkschaftler wären damals recht froh, daß sie sich völlig zwecklos in die Kasse opferreicher Lohnkämpfe stürzen. Genau besetzen wäre ihr Tun so sinnlos, wie wenn jemand über seinen eigenen Schaffern springen wolle. Der ganze gewerkschaftliche Lohnkampf wäre ein fehlerhafter Kreislauf, im wahren Sinne des Wortes Sisyphusarbeit.

Was müssen auch zehn Prozent Lohn erhöhungen, wenn dadurch die Kosten einer Lebenshaltung gleichzeitig um zehn Prozent verteuert werden! In der Tat, die Logik ist zwingend. Wir könnten einwenden, daß wenn wir Holzarbeiter eine Lohn erhöhungen von 10 Proz. durchsetzen und dementsprechend die Preise der von uns hergestellten Waren erhöht würden, daß sich dadurch noch länger nicht unsere gesamte Lebenshaltung um zehn Prozent verteuerte, weil wir keineswegs die Gewohnheit hätten, unseren ganzen Verdienst in Holzwaren anzulegen. Wir müssen uns aber belehren lassen, daß damit nichts entkräftet sei. Leider habe die Unzufriedenheit und Begehrlichkeit jeuchenerartig alle Streife der Arbeiterschaft erfasst und die Arbeiter aller Gattungen üben die gleiche unverschämte Pression an ihren Unternehmern aus. Nun ja, warum sollten wir anderen Arbeitern das Recht abpredigen, das wir für uns in Anspruch nehmen?

Wir wollen also den Fall annehmen, daß in der Tat die gesamte Arbeiterschaft zehn Prozent Lohn erhöhungen errungen hat. Müßten nun auch wirklich die Preise aller Waren um zehn Prozent steigen? Um diese Frage mit „nein“ zu beantworten, braucht man wahrlich nicht allzuviel Gehirn-Kraft anzuwenden.

Was zwingt denn die Unternehmer, die zugehörigere Lohn erhöhungen auf die Warenpreise aufzuschlagen? Das Interesse am Profit! Aber wir müssen uns schon dazu beirumen, dieses Interesse als etwas Geheiligt, Anantajbares noch nie betrachtet zu haben. Wir meinen vielmehr, daß die Profite an vielen Unternehmungen auch dann noch groß genug bleiben würden, wenn den Arbeitern von den Überschüssen eine angemessene Lohn erhöhungen gewährt wäre. Wenn wir z. B. sehen, daß die maßgebenden Betriebe der Färberei- und Fädelindustrie für die Aktionäre schon seit Jahren 11 bis 15 Proz. Dividende abwerfen, so will es uns nicht recht einleuchten, warum den so schlecht entlohnenden Arbeitern dieser Industrie nicht eine Lohn erhöhungen zugestanden werden könnte, ohne daß deswegen die Warenpreise erhöht werden müßten. Wenn in den Berichten der Handelszeitungen triumphierend die „glänzenden Geschäftsergebnisse“ dieser oder jener Unternehmung unterbreitet werden, so grüßt uns aus den Druckzeilen stets das Glend der Arbeiterschaft entgegen, die oft genug bei jämmerlicher Bezahlung Schwitz und Knochen opfern mußte, damit das Dividendenthermometer um einige Grad emporschnellen

konnte. Wir leugnen nicht, daß unser Streben dahin geht, eine gerechtere Verteilung der Geschäftsüberschüsse zugunsten der Arbeiter herbeizuführen, und wir würden deshalb einen Anspruch auf Lohn erhöhungen auch selbst dann nicht aufgeben, wenn uns der Unternehmer etwa klarzumachen versuchte, daß er die Kosten dafür nicht auf die Konsumenten abwälzen könne.

Aber auch selbst wenn die jeweiligen Geschäftsergebnisse weniger glänzend sein und größere Belastungen nicht übertragen sollten, sind wir noch keineswegs überzeugt, daß nun eine etwa gewährte Lohn erhöhungen unbedingt auf die Warenpreise gelegt werden müßte. Es gibt noch einen anderen Weg, den der Unternehmer zur Aufbringung der Mehrkosten einschlagen kann, nämlich: Verbesserungen der Betriebsrichtungen. Es gehört zu den Anfangsgründen der wirtschaftsgeschichtlichen Wissenschaft, daß aller technischer Fortschritt sein Dasein immer einem gewichtigen Zwange verdankt. Ehe technische Verbesserungen sich durchsetzen, muß das Bedürfnis dazu schon als bringend empfunden sein. Wo die Natur in früher Geberlaune Naturgesetze in überreicher Fülle ohne menschliches Zutun spendete, haben die Bewohner die Kunst des Ackerbaues viel später gelernt als in solchen Gegenden, wo ein unfruchtbarer Boden den Zwang auferlegte, der Natur mehr abzuwringen, als sie freiwillig geben wollte. Die genialen Erfindungen in der Maschinenteknik wären nicht gemacht worden, wenn den Konstrukteuren nicht immerfort der unerbittliche Zwang im Nacken gesessen hätte, unter allen Umständen eine Neuerung zu finden.

Andererseits aber sieht man auch heute, im Zeitalter der Maschinen und technischen Wunder, immer noch solche Arbeitsmethoden, die schon fast vorhistorisch anmuten. Gerade in der Holzindustrie trifft man Betriebe, an denen die technische Entwicklung einiger Jahrzehnte spurlos vorübergegangen zu sein scheint. Volkswirtschaftlich betrachtet, ist jede Arbeitsweise, die sich nicht der zurzeit besten technischen Hilfsmittel bedient, eine berurteilenswerte Verschwendung von Kräften, und es ist geradezu ein Verbrechen, die Besitzer solcher Betriebe zu zwingen, nach fortschrittlicheren Einrichtungen zu suchen. Billige Löhne sind aber das stärkste Hemmnis für die Fortentwicklung der Arbeitstechnik. Beispielsweise werden in der Heimindustrie von menschlicher Hand Arbeiten verrichtet, für die seit langem vorzügliche Maschinen erfunden sind. Aber die Heimarbeiter arbeiten zu so erbärmlich niedrigen Löhnen, daß ihre Ausnutzung immer noch einen größeren Nutzen abwirft, als bei Verwendung von Maschinen zu erwarten wäre. In zahllosen Betrieben liegen die Verhältnisse ähnlich so. Infolge der Billigkeit der Löhne wird im Schlandrian einer veralteten Produktionsweise gemächlich fortgemuschelt. Wenn dann die Notwendigkeit einer Lohn erhöhungen den Anstoß zu Betriebsreformen gibt, so ist das wie gesagt als ein volkswirtschaftliches Verbrechen anzusehen.

Wir sind also der Meinung, daß eine zugehörigere Lohn erhöhungen durchaus nicht unbedingt in einer Erhöhung der Warenpreise zum Ausdruck kommen muß. Können die Mehrkosten nicht aus den Geschäftsüberschüssen gedeckt werden, so wird es in sehr vielen Fällen möglich sein, sie durch eine rationellere Gestaltung des Betriebes ganz oder teilweise aufzubringen. Die Verbesserungen können sich sowohl beziehen auf die Arbeitsmethoden und die technischen Einrichtungen wie auch auf den Einkauf der Rohmaterialien und den Vertrieb der Arbeitszeugnisse.

Ein krächzender Rabe.

7. Die Generalversammlungen der Arbeitgeberverbände, die gewöhnlich in den ersten Monaten eines neuen Jahres stattfinden, bieten den gewerkschaftlichen Scharfmachern erwünschte Gelegenheiten, Schwarzmalerei zu treiben und Hegardie zu leisten, um dadurch die Arbeitgeber in eine Dampfstimung gegenüber ihren Arbeitern hinein zu setzen. Planmäßig und mit Heberlegung verfolgen die Generalsekretäre, Syndikusse und wie sich diese gutbezahlten Unternehmerkulis nennen, den Zweck, die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu erweitern und eritere in ihrer ganz natürlichen Abneigung gegen irgendwelches Entgegenkommen zu stärken. Um diesen Zweck zu erreichen, wenden sie alle Mittel der Verdrehung und der Verfälschung an, sie stellen die Wahrheit direkt auf den Kopf, indem sie die Arbeiter als die wirtschaftlich Starken und die Arbeitgeber als die Unterdrückten und Entrechteten bezeichnen, sie schildern die Ohnmacht der Regierung gegenüber der Arbeiterbewegung einerseits und die wachsende Macht der Arbeiterorganisationen anderer-

seits in den grellsten Farben und daraus ziehen sie die Folgerung, daß nur ein fester Zusammenschluß der Arbeitgeber und die Durchführung tatkräftiger Abwehrmaßregeln den Untergang unseres gesamten Wirtschaftslebens verhindern könne. Wie krächzende Raben fliegen diese Kulis über das wirtschaftliche Schlachtfeld und verkünden kommenden Unheil, falls man ihrer warnenden Stimme kein Gehör schenkt.

Der Chefredakteur der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, Freiherr von Reisswitz, ist das Urbild eines solchen Unglücksrabens. Seit mehr als einem Jahrzehnt erhebt er seine mißlönende Stimme und verkündet der Welt, daß unser Wirtschaftsleben am Rande des Abgrunds stehe und daß der Sozialismus Staat und Gesellschaft in seinem Nachen verschlingen werde. Neuerdings hat er wieder in einem Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1912 die Lage des deutschen Unternehmertums als eine unhaltbare geschildert und den unabwendbaren Zusammenbruch geweissagt, wenn nicht eine radikale Abkehr von dem bisherigen System der Arbeiterfreundlichkeit eintrete. Allerdings kann er die günstige Geschäftslage des vergangenen Jahres nicht einfach in Abrede stellen, denn man würde ihn auslachen, aber er sucht sie dadurch zu verschleiern, daß er die Sozialisten, die den deutschen Unternehmer drücken, durch ein Vergrößerungsglas malt und gleichzeitig die auf den Arbeitern lastende Abgabe geflissentlich verheimlicht. Bringt er es doch sogar fertig, die Behauptung aufzustellen, daß „unter dem Regime der unbeschränkten Koalitionsfreiheit die verschrienen Arbeitnehmer tatsächlich nur scheinbar zu dem Versicherungsfonds beisteuern, weil sie die von ihm gezahlten Prämien durch immer weitere Lohn erhöhungen den Arbeitgebern zur Last legen.“ Und dann läßt er die düstere Zukunft vor den Augen seiner Leser und Zuhörer emporsteigen: „Kein Mensch kümmert sich darum, was denn aus den zugunsten der versicherten Arbeiterschaft eingegangenen Verpflichtungen in dem Augenblick werden soll, wo etwa ein empfindlicher Rückschlag der Konjunktur eintritt und Industrie und Gewerbe außerstande steht, die auf ihre zeitweilige Prosperität begründete Belastung weiter zu ertragen. Und doch liegt es klar auf der Hand, daß angesichts der immer bedrohlicher sich gestaltenden innerpolitischen Spannung ein solches Versagen zu katastrophalen Ereignissen zu führen vermöge, die das Reichsgefüge recht viel schwerer erschüttern, als es gelegentlicher Unwille der sozialdemokratischen Mientel über ein etwas sachlicheres Verhalten der zuständigen Regierungsinstanzen gegenüber den utopischen Forderungen unserer Sozialideologen schlimmstenfalls hätte tun können. Daß von irgendwelcher Neigung zu latenten Feindschaften gegenüber dem Auswachen der sozialdemokratischen Hochmut schon längst nicht mehr die Rede ist, kann im Hinblick auf die gekennzeichnete Tendenz der sozialpolitischen Gesetzgebung natürlich nicht wundernehmen.“

Es ist natürlich eine Unwahrheit, daß die Arbeiter ihre sozialen Lasten einfach auf die Arbeitgeber abwälzen, gerade das Gegenteil ist der Fall, denn das Unternehmertum besteht es, die Beiträge zur Arbeiterversicherung auf die Betriebsunkosten aufzuschlagen. Und was die Schwarzmalerei anbetrifft, mit der Freiherr von Reisswitz seine Arbeitgeber in Angst und Schrecken versetzt, so sollte man eigentlich kaum glauben, daß ein solches Rabengekrächze nach Erfolg verspricht. Diese Methode ist ja zu abgebraucht. Jedem mal, wenn ein sozialpolitischer Fortschritt zu verzeichnen war, sei es in bezug auf Arbeitszeitverkürzung, Lohn erhöhungen oder in anderer Hinsicht, jedesmal wurde der Ruin des wirtschaftlichen Lebens prophezeit und noch jedesmal haben sich diese Unglücksprophezen bis auf die Knochen blamiert, weil immer das gerade Gegenteil eingetreten ist von dem, was sie vorausgesagt haben. Ihre Mißerufe ziehen also nicht mehr, Herr Oberscharfmacher! Dies wird sich auch bei der Frage der Einigungsämter und Tarifabschlüsse von neuem bewahrheiten. Sie behaupten allerdings: „Wie lange wird es noch dauern, bis das Längst in aller Stille und Heimlichkeit abgehe Projekt, betreffend die Einsetzung obligatorischer Schiedsämter zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten usw. tatsächlich in Form einer neuen sozialpolitischen Gesetzesvorlage zu weiterer Unterbindung der geschäftlichen Dispositionsfreiheit des Unternehmertums der Deffentlichkeit unterbreitet wird? Kein vernünftiger Mensch kann darüber im unklaren sein, daß jede derartige Einmischung in die Vertragsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt von Fall zu Fall die Produktionskosten weiter in die Höhe treibt. Müßten sich doch die Arbeitgeber immer wieder zu neuen Bewilligungen verstehen, sofern sie nicht wünschen, daß die offizielle oder offizielle

Schiedsrichter über ihre Unnachgiebigkeit entrüstet sind und sich auf die Seite der Arbeitnehmern schlagen. Denn wohl noch niemals ist es vorgekommen, daß ein solches Schiedsverfahren mit einer blindigen Abweisung der Arbeiterforderungen seitens irgendwelcher derartiger Schiedsrichter abschloß. Nun wissen die Herren am grünen Tisch doch selbst nichts anderes nötig haben, als das Doppelte von dem zu verlangen, was sie eigentlich zu erhalten wünschen, um bei dieser Methode trotzdem gut und gern auf ihre Kosten zu kommen. Macht nichts; die gowernementalen Sozialpolitiker und feinesaiteten Rechtsempfindler, die dem bisher freihändig befolgten System aus Opportunitätsrücksichten gesetliche Allgemeingeltung zu verschaffen wünschen, entschlagen sich unbedenklich jeder Rücksichtnahme auf die derart bewirkte Schädigung berechtigter Unternehmerinteressen und steuern auf eine weitere Minderung der Finanzkraft derer zu, die für die Kosten der Arbeiterversicherung aufzukommen haben."

Aber kein vernünftiger Mensch glaubt heutzutage mehr, daß das Tarifwesen nur den Arbeitern Vorteil bringe und die Leistungsfähigkeit der Unternehmer untergrabe, weil die Erfahrung die Unrichtigkeit dieser Behauptung beweist.

Ein allbekannter Kniff der Scharfmacher ist es noch, die Arbeitgeber dadurch aufzureizen, daß sie immer wieder behaupten, die Staatsregierung nehme in jedem Falle die Partei der Arbeiter und vernachlässige die Interessen der Unternehmer. Auch Freiherr von Reischwitz hat in diese Kerbe. Er hält der Regierung und den Sozialpolitikern höhnisch vor, daß ihre Arbeiterfürsorge den beabsichtigten Zweck nicht erreicht habe: die Klassengegenstände seien nicht etwa abgeschwächt worden, sondern die moderne Arbeiterbewegung habe an Umfang und Radikalismus beständig zugenommen und werde auch noch weiter zunehmen. Aber anstatt, daß man in den maßgebenden Kreisen endlich einmal zur Besinnung komme, verfolge man den falschen Weg einer schwächlichen Veröhnungspolitik weiter und bereite dadurch den Baugrund, auf dem sich die Aufschlösser der Unruhbewegung erheben werden. Es sei keine Hoffnung mehr, daß man auf dem Wege der Gesetzgebung durch ein Verbot des Streikpostens und durch einen wirksamen Schutz der Arbeitswilligen gegen das Faustrecht auf dem Arbeitsmarke vorgehen werde, weil man aus übertriebener Feinsichtigkeit die bestehende Freiheit nicht antasten wolle. So lasse sich denn der Zusammenbruch unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kaum noch aufhalten, zumal da auch die Verteidiger dieser Ordnung unter sich uneins seien.

Der Oberscharfmacher verfährt es in ganz raffiniertes Weise, auf das Klaffengefühl der Kapitalisten zu wirken und die schlechtesten Instanzen dieser Leute aufzuspüren. Das ist ja auch seine Absicht und seine Aufgabe, das ist gewissermaßen sein Lebenszweck und sein Gewerbe. Er wirkt nicht auf den Verstand seiner Arbeitgeber, und er zieht nicht ihre ruhige Überlegung zurate, er appelliert nicht an das Gerechtigkeitsgefühl und den Sinn für Billigkeit, sondern er macht sie scharf, das heißt ja alles. Ganz unbescholtenweise unterzieht er den Gewerkschaften eine Unverschämlichkeit, während doch jedermann hätte aus den Tarifverhandlungen dieses Frühjahrs lernen können, daß die Gewerkschaften des wirtschaftlichen Friedens wegen bis zur äußersten Grenze der Nachgiebigkeit gegangen sind, und ebenso unwarmer Weise schreibt er den Gewerkschaften die Absicht zu,

die Verhältnisse auf die Spitze zu treiben und einen Krach gewissermaßen vom Zaune brechen zu wollen. Aber das ist nun einmal die Scharfmacherische Art und Weise, das Gesamtwohl zu fördern und unser Vaterland hochzubringen. Man sollte kaum annehmen, daß die Scharfmacher die Gefährlichkeit und die Schädlichkeit ihres Gebarens nicht einsehen, aber diese Leute spielen mit dem Feuer und stellen ihre Sache auf nichts. Wenn sie nur ihren teuflischen Haß gegen die aufstrebende Arbeiterklasse Luft machen können — und nebenbei auch noch hohe Gehälter einheimen — so scheuen sie sich den Teufel um das Wohl der Allgemeinheit.

Jugendpflege und preussischer Wahlkampf.

In ihrem lebhaftesten Bemühen, die junge Generation aus dem Lager der Älteren, revoltierenden Arbeiter fernzuhalten und sich so gegenüber der anschwellenden proletarischen Macht eine Schutzwehr zu bilden, waren alle Vertreter der heutigen Weltordnung bisher einig. Nur konnten sie sich nicht recht darüber verständigen, welche Mittel als wirksam für diese Jugendfürsorge in Betracht kommen könnten. So pfuschten sie denn alle, ihrer jeweiligen Neigung folgend, an dem jungen Nachwuchs herum. Der eine wollte mehr fromme Seelen für den Himmel, der andere mehr Ketten für den Staat aus ihm ziehen. Der Kapitalismus schlug seine Pranken tief in die Leiber der jüngsten Proletarier, und er zwang sie in seinen Frontdienst.

Als dann der vorwärtschreitende Sozialismus kraftvoll auch in die Herzen und Hirne des kommenden Geschlechts seine Ideale pflanzen wollte, da waren die Repräsentanten der Kirche, des Staates und des Kapitals mit ihrer Weisheit am Ende. Sie suchten und sie fanden Hilfe bei der Bureaucratie. In erster Linie bei der in Preußen.

Wenn auch die politische Rechtfertigung der erwerbstätigen, noch nicht 18 Jahre alten Jugend durch das Reichsvereinsgesetz bestimmt ward, so gingen sowohl die Reichsregierungen hierauf als alle Versuche, auch die letzten Regierungen einer oppositionellen Jugendbewegung zu erwidern, von Preußen aus. Die dort geübte Verwaltungspraxis hat insbesondere der unabhängigen Jugenderziehung jede nur denkbare Schwierigkeit bereitet, und durch polizeiliches Eingreifen wurde manch sprichendes Reis am jüngsten Zweige der Arbeiterbewegung vernichtet. Durch Ausgrabung von Verordnungen, auf denen der Staub von Jahrzehnten ruhte, wurde in den Polizeibüroen eine Reglementierung des modernen Geistes erreicht. Da Preußen in Deutschland vorangeht, so wurden recht bald auch die übrigen Bezirke des Reiches mit den „Münchener preussischen Schwarzlöpfe beglückt.

Selbsterständlich waren es politische Absichten, die die Bureaucratie veranlaßte, bei der Jugend auf Beute zu jagen. Ihr kam es dabei gar nicht darauf an, wenn sie bei dieser Jagd ihr eigenes Gesetz — politische Schonzeit für Jugendliche — gräßlich verletzten. Der Zweck heiligt eben auch für sie die Mittel. Für ganz in der Ordnung hielt man es, den Arbeiterturnern zu unterjagen, etwaigen Böglingen rationelle Körperpflege zu lehren. Auf keinen Fall aber dürfen diese jungen Leute darauf rechnen, daß ihnen die etwa doch bei den „roten“ Turnern betriebenen Vorbereitungen für die Fortbildungsschule gut gerechnet werden. Dieses Privileg erteilt man nur den „nationalen“ Turnern, die dann noch nebenher die Hebungstunde der

Fortbildungsschule zu unbeschränkter Agitation eingeräumt erhalten.

Für die Jugendlichen des Arbeiterstandes wurde jeder noch so harmlose Zusammenschluß unmöglich gemacht. Selbst Jugendausschüsse sind schon der Auflösung verfallen. Daraus, daß die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ gelegentlich miteinander waren, wurde ein Verein konstituiert, der, weil er „natürlich“ als politisch angesehen ward, schnell aufgelöst wurde. Indem man versuchte, den Gewerkschaften einen politischen Charakter aufzuzwingen, hoffte man, ihnen so die jugendlichen Mitglieder zu nehmen! Der proletarischen Jugend gegenüber werden die Gesetze eben angewendet, wie es die Mächtigen für Recht halten. Darum gilt es für sie auch als ganz richtig, daß der preussische Staat als Besitzer der Eisenbahnen der Arbeiterjugend eine Fahrpreisermäßigung, die er den konfessionellen und nationalen Junglingsvereinen gewährt, einfach verweigert. Die anderen Bundesstaaten nutzten es auch hierin ihrem größeren Bruder gleich tun. Daran, daß sie so die Freude am Vaterland schon bei der jungen Arbeiterklasse ersticken, denken die welfen Staatslenker nicht!

Die Reaktionen lachen sich ins Fäustchen, wenn sie sehen, wie der preussische Staat für sie wirkt, und sie treiben ihn zu neuen Taten an. Ist auch die Preussische Reichsgesetzgebung so gerecht, so glauben die Herrschenden doch, daß in Preußen es gelingen müsse, für die jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren eine Einschränkung dieses Rechtes zu erreichen. Damit hoffen sie sich, Arbeitskräfte zu sichern, die sie eventuell sogar gegen den Willen der abwandierenden Eltern oder Vormünder unter ihre Botmäßigkeit zwingen können.

Denselben Tendenzen entspricht es auch, wenn im Fortbildungsschulwesen nur geringe Fortschritte aufzuweisen sind und so Preußen auch hierin die rückständigste Stellung einnimmt. Nach wie vor ist es den Gemeinden überlassen, ob sie Fortbildungsschulen errichten und die weiteren Bestimmungen der Gewerbeordnung in entsprechende Anwendung bringen wollen. Kein Wunder, wenn die eigensüchtigen Wünsche der Arbeitgeber nicht weitgehende Berücksichtigung finden. Es erklärt sich wohl so, wenn die 340748 gewerblichen Fortbildungsschüler im Jahre 1910 nicht einmal 1/4 aller eigentlich schulpflichtigen ausmachten. Der sozialen Pflicht ist Preußen sich nicht bewußt geworden, der gesamten erwerbstätigen Jugend eine umfassende Bildung zu verschaffen. Gewisse Kreise haben es bisher verstanden, die Zwangsschule und den obligatorischen Unterricht zu verhindern. Fürchten diese doch sehr das trüben Aufklärung durch die Fortbildungsschule und deren etwaige Ausdehnung auch auf das platteländ. Auf die übrigen Bundesstaaten wirken die mangelhaften Einrichtungen in Preußen wahrhaftig nicht im kulturfördernden Sinne.

Preußen gibt aber Geld aus für eine ganz besondere Jugendfürsorge! Der Schreibstabenweiser entsprechend werden Staatsgelder bewilligt zu „Beihilfen für Veranstaltungen Dritter zwecks Förderung der Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend sowie zur Ausbildung und Anleitung von für die Jugendpflege geeigneten Personen“. Im Jahre 1911 wurden zum erstenmal 1 Million Mark ausgeworfen, die im Jahre 1912 schon auf 1 1/2 Millionen angewachsen waren. Für das Jahr 1913 ist jetzt ein Betrag von 2 1/2 Millionen

Der Reiseforb.

p. h. Wer kennt ihn nicht? Alljährlich, wenn die Reisezzeit beginnt, tritt auch der Reiseforb en masse in Erscheinung. Zu Beginn der Badezeit sowie der Ferien sind die Gepäcke und Wagnisse der Eisenbahnen die besten Zeugen des Umfangs unserer Reiseforbindustrie.

Der Reiseforb ist ein internationales Reisewusel. Vom kleinsten Handkoffer bis zum größten umfangreichen Transportkorb, aber fast stets in der gleichen langlich-eckigen Form, aus weichen geschälten Weiden mit Vorhänge-schloß versehen, finden wir den Reiseforb in allen Kulturstaaten der Erde.

So einfach sich der Reiseforb in seiner äußeren Form präsentiert, so vielfältig und raffiniert angefertigt ist oft dessen innere Einrichtung zur Unterbringung der verschiedenartigen Gegenstände. Da sind Behälter geschaffen für Leinwand, für gewickelte Mäntel, die in weicher über-einanderliegenden lagenartigen Fächern zum Heraus-nehmen untergebracht sind. Andere Körbe sind so eingerichtet, daß Damenkleider auf Bügeln hängend untergebracht werden können, am vor dem Gedrücktwerden geschützt zu sein. Ferner gibt es darin Vorrichtungen, um Damenhüte sowie auch Herrenhüte, besonders Stroh-hüte, festzuhalten, damit sie trotz des Transportes nicht beschädigt werden. Alle hierher eingetragenen Körbe sind meist innen mit Segel- oder Lederhaut angeklebt, um dem Eindringen des Staubes vorzubeugen.

Ein in Sport- und Andererkreisen gern geliebter kleiner Korb ist als Handtasche eingerichtet oder enthält mehrere Teller, Schalen, Messer, Gabeln, Löffel usw., die zu späterer Zeit, wenn der Regen kummt, ihre Verwendung finden. Im Winter, Segel- und Lederhüte sind meist der letztenannte Korb sehr beliebt, da derselbe alles nötige enthält und nur wenig Platz beansprucht. Für die wahren Reiseforbgelehrten sind diese drei Körbe ein gutes Handgehalt.

Für die Korbmacherindustrie kommt im allgemeinen nur der einfache Reiseforb in Frage, der in Größen von 4 bis 100 Zentimeter Bodenhöhe meist am Lager sein soll, und auch für viele Korbmachermeister als Hauptartikel gilt. Dort, wo nach Jahresmärkte abgehoben werden, ist auch der Reiseforb kommodiert. In den Großstädten haben die

Warenhäuser einen großen Teil des Reiseforbgeschäftes an sich gezogen.

Bei dem Umfange der Reiseforbproduktion ist es ja selbstverständlich, daß sich mit der Zeit in einzelnen Orten eine Spezialfabrikation herausgebildet hat, wo fast ausschließlich nur dieser Artikel hergestellt wird.

Hierbei steht Fürstberg a. O. als Metropole der Reiseforbproduktion obenan, wo etwa 120 Gehilfen in diesem Zweige der Korbmacherei beschäftigt werden. Es kommen dann Themat mit 50, Guben mit 30, Mühlberg, Wittenberg, Döben sowie verschiedene Orte im Reichel-gebiet, im Rheinland und in Baden in Frage.

Diese genannten Orte versehen ganz Deutschland, auch zum Teil das Ausland mit ihren Erzeugnissen. Während im Winter nur auf Vorrat gearbeitet wird, tritt im Sommer nur zu oft der Fall ein, daß die Lager leer geworden und die Aufträge nicht alle erledigt werden können. Dann machen die Unternehmer ein freundliches Gesicht —

Wie stehen sich nun unsere Kollegen in dieser Branche? Wie lange wird gearbeitet, was wird verdient? Die Arbeitszeit ist in den genannten Orten so ziemlich die gleiche und beträgt 55 bis 60 Stunden wöchentlich. Da auch zumeist Lohnarbeit besteht, in denen für die verschiedenen Größen die Kreise festgelegt sind, so ist Akkordarbeit allge-mein vorhanden, nur für Extrarbeiten sind Stundenlöhne von 35 bis 40 Pf. vorgesehen. Daraus ist ersichtlich, daß der durchschnittliche Verdienst nicht über 21 Mk. hinausgeht.

Da, wo die Kollegen den Wert der Organisation begriffen haben, sind naturgemäß die geregelten Arbeitsverhältnisse. So hat Fürstberg, Guben und Schönfließ mit Hilfe des Holzarbeiterverbandes am 1. April 1912 einen gemeinsamen Tarifvertrag mit den Unternehmern abgeschlossen, bei dem die 55stündige Arbeitszeit festgelegt, 15 Pf. pro Reiseforb Zuschlag und vom 1. April 1913 weitere 10 Pf. pro Korb mehr, also innerhalb eines Jahres 25 Pf. pro Korb herausgeschlagen wurden. Ferner werden Heberstunden nur in dringenden Fällen geleistet, und dann nur mit 5 Pf. Zuschlag pro Stunde. Dieser Vertrag läuft bis 1915.

Die Mühlberger und Wittenberger Kollegen konnten sich ein bezeichnendes Beispiel an obigem Tarifvertrag nehmen und vor allem sich des Deutschen Holzarbeiterverbandes erinnern. Es dürfte nicht allzu

schwer halten, gerade für die Reiseforbbranche ein heil-tiche Preise sowie Arbeitszeiten festzulegen, da die Lebensverhältnisse der in Betracht kommenden Orte die gleichen sind. Die Kollegen werden sich deshalb zu gelegener Zeit einmal ernstlich mit dieser Frage beschäftigen und sie in gemeinsamer Aussprache zum endgültigen Abschluß bringen müssen. Vorbedingung dazu aber ist die Zugehörigkeit zur Organisation, das mögen sich die Kollegen gesagt sein lassen.

Gerade die Arbeitgeber der Reiseforbindustrie sind jetzt eifrig bemüht, ihre Kollegen in eine Organisation zu zwingen, indem im August dieses Jahres die verschiedenen Meisterverbände sich zu einer Vereinigung verschmelzen wollen. Um so mehr sollten unsere Kollegen darauf bedacht sein, auch den letzten Mann dem Deutschen Holzarbeiterverbande zuzuführen. Bei einem Lohnkampf kann sich die bisherige Gleichgültigkeit gar bitter rächen.

Schließlich sei noch eines Umstandes gedacht, der in der Reiseforbindustrie seit einigen Jahren die Gemüter erregt, das ist die Einfuhr von russischen und galizischen Reiseforben. Von seiten der Arbeitgeber wird dieser Einfuhr ganz besondere Bedeutung beigelegt und behauptet, die deutsche Reiseforbproduktion werde dadurch ruiniert.

Der Zoll für Reiseförbe beträgt für Deutschland 3 Mk. für den Doppelzentner, während Oesterreich 10,20 Mk. und Rußland 13 Mk. mit 20 Proz. Zuschlag erhebt.

Die Generalversammlung des Schutzverbandes deutscher Korbmachermeister hat nun den Vorschlag auf diese Körbe mit 25 Mk. pro Doppelzentner für die neu abzuschließenden Handelsverträge vorgeschlagen, um diese Konkurrenz sich vom Halbe zu halten. Ob mit Erfolg, muß erst die Zukunft lehren.

Die Korbmacherkonferenz in Koburg hat auch zu dieser Frage Stellung genommen und sich prinzipiell gegen eine Erhöhung der Einfuhrzölle erklärt, da hierdurch das Ausland nur zu Gegenmaßregeln veranlaßt würde.

Die Kollegen der Reiseforbbranche brauchen sich in dieser Frage absolut nicht aufzuregen, sondern nur darauf zu sorgen, daß mit Hilfe des Holzarbeiterverbandes die Arbeitszeit verkürzt und die Löhne erhöht werden, damit auch ihnen für ihre un-räus-schwere und anstrengende Arbeit bessere Lebensbedingungen geboten werden.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungsmittel Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Apolda (Apollwerke), Brandenburg a. d. S. (Türlich), Bremerbörde (Braasch), Breslau (Gubert, Knappe), Dachau bei München, Dannenberg a. d. E. (Biesenik), Johannsgeorgenstadt (Anh.), Lauterberg a. Harz, Leer in Ostfriesland (G. F. Reuter Söhne), Lüdnitz in Pomm., Oßernhau i. Erzgeb., Schlawe in Pomm. (S. Last), Stolp i. Pomm. (Wlod), Verden a. d. Aller, Waltershausen, Wilsberg i. Pöhl. (Gustav Nau).
 - Wobekfischern nach Saalfeld a. Saale (Aug. Reichmann).
 - Drehschneidern und Polierern nach Lauterberg a. Harz, Parkettlegern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parkettgeschäfte, Uhlendstraße).
 - Schuhleistenmachern nach Offenbach a. M. (Schuhfabrik Gaffia).
 - Bergoldern, Grundierern, Verzieren und Farbigmachern nach Altona-Ollensen (Wahr u. Gehrens), Herrenberg, Glattbrugg bei Zürich (Delfers).
 - Bürsten- und Pinselmachern nach Frankfurt a. M. (Gustav Topp), Reinsfeld i. Pöhl.
 - Korbmachern nach Herford (Vod u. Co.), Langenberg bei Mies a. S.
 - Zickmachern nach Brandenburg a. S. (Nichter).

nen Markt in den Etat eingestellt worden. Man will jetzt auch die weibliche Jugend der preussischen Erziehung wehrhaftig werden lassen. Titel, Ehre und dankbare Stimmung hat alle hurratriotischen und fremdenfeindlichen Vereinigungen deshalb erfasst, daß sie gerade im Jahre der „nationalen Wiedergeburt“ so reichlich mit preussischen Geschenken bedacht werden sollen. Daß diese Gelder dem Staatsfiskus entnommen werden, der durch die Steuerzahler — das sind nicht zuletzt die Arbeiter — erst seine Füllung erfahren hat, das kümmert diese sonderbaren Jugendwilde nicht im geringsten. Der Bankrott der bürgerlichen Jugendbewegung tritt sinnfällig in Erscheinung. Mittels der Staatsspende hofft man dem blutarmen Organismus einige Ehrentropfen beizubringen, damit der in der freien Jugend heranströmende Siegfried nicht alles mit fortreißt. Das Hinauswerfen der Millionen wird an dem schließlichen Triumph des modernen Geistes nichts ändern. Es gilt aber über die ungeheuerliche Art, wie auch hier die Steuergrößen angewandt werden, um den Interessen des größten Teiles des Volkes entgegenzuwirken, die nötige Klarheit zu verbreiten. Hat doch die preussische Methode, mit Staatsgeldern gegen die freie Jugend mobil zu machen, in vielen Bundesstaaten sofort Nachahmung gefunden.

Bei den Kämpfen in Preußen handelt es sich fast stets auch um die Interessen des übrigen Deutschland. Wo, wie im jetzigen Augenblick, der Kampf um ein freieres Preußen geführt wird, da gilt es die Reaktion vor der Öffentlichkeit anzuklagen. Das Kapitel Jugendpflege darf dabei nicht fehlen. Es ist besonders dazu angetan, die ganze Rückständigkeit der heute herrschenden Erziehungsmethoden zu offenbaren. Wer für die Demokratisierung Preußens eintritt, der wirkt auch für eine freie Erziehung und Bildung der Jugend.

Soziales.

Verbrecherischer Prozentpatriotismus.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: „Wk. Der amtlich abgestempelte Patriotismus hat in den letzten Wochen in Deutschland einen heftigen Anmarsch genommen, von dem er sich sobald nicht erholen wird. Es war der nationalistischen Presse, die die Leidenschaften schürt und auf ein großes Blutvergießen hinstreut, gelungen, eine Hurrastimmung in Deutschland zu erzeugen, von der nur die denkende Arbeiterklasse sich freizubehalten vermochte. Die bürgerlichen Parteien und die weitesten Schichten der bürgerlichen Wähler hatten sich von den Rüstungsfanatikern, die allerdings zum Teil unter den Führern der bürgerlichen Parteien selbst zu finden sind, lagern lassen: die durch den Balkankrieg neu geschaffene Weltlage mache die von der Reichsregierung geforderte riesenhafte Heeresvermehrung, die in der Geschichte der Völker kein Beispiel findet, zur unabwendbaren Notwendigkeit. Sogar die sozialdemokratischen Protestversammlungen gegen den Rüstungsstaukel hatten unter dieser Stimmung wenig zu leiden. Die Bevölkerung, selbst die sozialdemokratisch denkende, schenkte sich ins Unabänderliche schätzen zu wollen, obwohl die Ueberzeugung weit verbreitet ist, daß die Sicherheit des Deutschen Reiches diese ungeheuerliche Mehrbelastung des Volkes nicht notwendig mache. Diese Stimmung hat nun einen jähen Umschlag erlitten.“

Man mußte schon seitdem, daß eine der härtesten Strafen, die hinter dem Rüstungsstreben stehen, das Profitinteresse der Heeres- und Marinelieferanten bildet. Die Begünstigung bevorzugter Firmen war schon vor Jahren ruckbar

geworden. Die Lieferanten der Panzerplatten, die für den Bau großer Kriegsschiffe gebraucht werden, ließen sich lange Zeit Preise bezahlen, die 60 bis 80 Proz. höher waren, als sie von dem Zeitpunkt an festgesetzt wurden, an dem endlich eine Konkurrenz zur Geltung kam. Fabelhafte Summen sind auf diese Weise aus den Steuergrößen des deutschen Volkes in die Taschen der Aktionäre der großen Rüstungsunternehmungen geflossen. Für den, der die Dinge scharfen Blickes unbefangen beobachtet, bestand kein Zweifel, daß auch bei der Agitation, die in den letzten Monaten wieder zugunsten der Heeresvermehrung betrieben wurde, das Rüstungskapital seine Hände im Spiel hatte. Schwer aber ist es und selten gelingt es, diese weit verbreitete Ueberzeugung mit greifbaren Tatsachen zu belegen. Die Leiter der Rüstungsbetriebe verstehen es, die Spuren zu verwischen, die ihre Agenten hinterlassen. Der glückliche Zufall aber versetzte einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in die Lage, gerade in den Tagen, in denen der Eifer der bürgerlichen Parteien, die Militärvorlage möglichst rasch unter Dach zu bringen, seinen Höhepunkt erreicht hatte, einige Spuren dieser Art aufzudecken.

Bei Beratung des Militäretats wartete der Abg. Dr. Liebknecht mit einigen Enthüllungen auf, durch welche die Praktiken und Schleichwege der Militärlieferanten in aufsehenerregender Weise bloßgelegt wurden. Kurz zuvor schon hatte der sozialdemokratische „Vorwärts“ einige Aktienstücke veröffentlicht, die bewiesen, daß es in Deutschland einen Marinerverständigungskongress zwischen den verschiedenen Marinelieferanten gibt, die sich gegenseitig scharf kontrollieren und den Profit garantieren. Dazu kamen die Feststellungen des Abg. Dr. Südekum, daß in den Dillinger Werken (im Saargebiet), die zu den bedeutendsten Lieferanten der Marineverwaltung gehören, neben den deutschen die hervorragendsten französischen Kapitalisten im Aufsichtsrat sitzen. Diese französischen Aktionäre werden in die Geheimnisse der deutschen Rüstungen in derselben Weise eingeweiht wie die deutschen. Wie eine Bombe aber wirkte dann die durch Liebknecht erfolgte Mitteilung eines Briefes der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik. Dieser Brief wurde vom Leiter der Fabrik an einen Pariser Agenten gesandt, der beauftragt wurde, in einer der gelesesten französischen Zeitungen die Veröffentlichung eines Artikels durchzusetzen, wonach die französische Heeresleitung sich entschlossen habe, die Ausrüstung der Armee mit Maschinengewehren zu beschleunigen und die doppelte Zahl, als zuerst beabsichtigt, zu bestellen. Nicht ein Wort war wahr an dieser Behauptung; sie sollte aber in die Welt gesetzt werden, um einen verstärkten Druck auf die deutsche Heeresverwaltung und den Reichstag zur Mehrbestellung von Maschinengewehren auszuüben. Schlimmer noch waren die weiteren Enthüllungen Liebknechts über die Machenschaften der Vertreter der Essener Kanonenfirma Krupp in Berlin. Diese Firma unterhielt in Berlin einen Agenten, der die Aufgabe hatte, sich an die Kanzleibeamten der Militärverwaltung heranzumachen und sie zu bestechen, um Kenntnis zu erhalten von geheimen Schriftstücken, die für die Firma von Wert sind. Auf diesem Wege des organisierten Betrugs wurde zu erforschen gesucht die Absichten der Militärbehörden in Bewaffnungsfragen, Geheimnisse der Waffenkonstruktion, Offerten der Konkurrenz und ähnliche Dinge. Die Geheimberichte wanderten nach Essen und wurden dort von hochgestellten Beamten der Firma in Verwahrung genommen. Das ging so lange, bis eines Tages Anzeige erstattet und etwa 6 Personen in Untersuchung genommen wurden. Diese Untersuchung schwebt noch und mit gespanntem Interesse darf man den Feststellungen des Gerichts entgegensehen.

Natürlich gab sich die Firma Krupp, die durch diese vom Kriegsminister als richtig zugegebenen Enthüllungen vor der ganzen Welt bloßgestellt war, die erdenklichste Mühe, den Schimpf von sich abzuwaschen. Ströme von Tinte wurden zu diesem Zweck von einem ihrer Direktoren vergossen. Ein niedriger Angestellter wurde als der Alleinschuldige zu opfern gesucht. Alles half nichts. Mit jeder neuen Veröffentlichung der Vertreter der Firma Krupp waren neue Zugeständnisse verknüpft, die den Eindruck nur verstärkten, daß das Rüstungskapital vor keinem Mittel zurückzuckt, um seinen Profit zu erhöhen. Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzung, die aus der Presse wieder in den Reichstag verlegt wurde, konnte Liebknecht noch ein weiteres interessantes Aktenstück bekanntgeben. Danach haben die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, die Waffenfabrik Mauser, die Oesterreichische Waffenfabrik in Wien und die Fabrique Nationale in Belgien 1905 einen Vertrag abgeschlossen, der sich auf Rußland, Japan und Argentinien bezieht, und später noch einen zweiten Vertrag, der sich auf die übrigen Länder bezieht, wobei für einzelne Fabriken einzelne Länder reserviert wurden. Sie garantieren sich gegenseitig das Monopol auf die Ausbeutung bestimmter Länder. Die Lieferung von Waffen an Bulgarien und Rumänien bleibt der österreichischen Fabrik überlassen.

Aus Amerika kam kürzlich die Nachricht, daß in Washington ein Bündnis besteht zwischen der Rüstungsindustrie und den Rüstungsbehörden. Der Flottenverein wird durch von den Rüstungsindustriellen, den Kriegsschiffbauern und ähnlichen Interessenten finanziert. Ganz wie bei uns! Die ersten Preßorgane des Deutschen Wehr- und des Flottenvereins stehen zugleich im Dienste des Rüstungskapitals. Zudem lie die Agitation für den Wehr- und den Flottenverein betreiben, versehen sie zugleich die Geschäfte der Kapitalisten, die ihre Nischenprosite aus den Waffenfabriken ziehen. Mit jähwundvollen „patriotischen“ Worten wird es als „nationale Pflicht“ des deutschen Volkes bezeichnet, im

Interesse seines Ansehens, seiner Ehre zu rüsten und immer wieder zu rüsten. Bei genauerem Zusehen stellt sich heraus, daß sich hinter der „nationalen Ehre“ der Döblendendehelbinger der Rüstungsinteressenten verbirgt.

Wird schon durch die auf solchen Motiven beruhenden Rüstungssteigerungen das Volkswohl aufs größte geschädigt, insofern die Steuerkraft vermindert, Unsummen für unproduktive Zwecke verschleudert und Hunderttausende gesunder junger Männer jahrelang einlascerniert und der nützlichen Arbeit entzogen werden; so steigert sich das Treiben des international verschippen Rüstungskapitals zum schwersten Volksverbrechen, indem es bewußt und planmäßig auf ein europäisches Blutbad hinarbeitet. Es sind dieselben Werkzeuge der Rüstungsindustrie, die unausgesetzt die unflätigsten Provokationen gegen die Nachbarvölker begeben, um den Frieden zu untergraben. Selbst in den Tagen, in denen die Krupp-Enthüllungen die gesamte Öffentlichkeit erregten, wagte es die in Berlin erscheinende „Post“, eines der frechsten Blätter der Rüstungsindustrie, die Franzosen in ihrer Gesamtheit als das Volk mit der niedrigsten, heimtückischsten, minderwertigsten und feigsten Gesinnung zu bezeichnen. Wenn man weiß, daß diese schandbare Anpöbelung eines ganzen Kulturvolkes keinen anderen Grund hat, als den, die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu verschlechtern und einen Krieg mit seinem namenlosen Elend für Millionen Familien zu erzwingen, so faßt man sich an den Kopf und fragt, ob in den Menschen, die aus purer Profitgier zu solchen verbrecherischen Taten fähig sind, überhaupt noch menschliche Empfindungen sich regen mögen.

Der Reichstag nimmt zu all diesen Erscheinungen eine zwiespältige Haltung ein. Er hat sich zwar dazu verstehen müssen, eine gründliche Untersuchung der ständischen Zustände im Lieferungsweien der Heeres- und Marineverwaltung zu fordern; er hat sogar die Einsetzung einer besonderen Kommission zu diesem Zweck verlangt, die aber nicht so zusammengesetzt und mit den Rechten ausgestattet sein wird, wie es die Sozialdemokratie zu einer wirksamen Untersuchung für notwendig hielt. Aber der Reichstag wird sich in seiner Mehrheit deshalb nicht abhalten lassen, die ungeheuerliche Heeresvermehrung zu genehmigen und damit die Hoffnungen der Rüstungsinteressenten zu erfüllen. Darum ist es Sache des Volkes und insbesondere der Arbeiterorganisationen, an der Hand der bekannt gewordenen Tatsachen hineinzuleuchten in die Geheimnisse des hurratriotischen Getriebes. Je eifriger das geschieht, um so rascher werden den breiten Massen, die sich bisher durch heuchlerische patriotische Phrasen in die Irre führen ließen, die Augen geöffnet werden!

Die preussische Regierung gegen die „Volksfürsorge“.

Durch ein Mißgeschick eines Beauftragten des Landrats des westfälischen Kreises Lüdinghausen ist es ans Licht gekommen, welche dunkle Wege die preussische Regierungspolitik auch in dieser Frage wandelt. Der Herr hatte zu einer vertraulichen Besprechung im Kreishause, an der neben Vorsitzenden der Feuerweh, der Kriegervereine, Darlehenskassen, katholischen Gesellenvereine, evangelischen und katholischen Arbeitervereine auch die Vertrauensleute und Angehörten der christlichen Gewerkschaften und die Vertrauensleute der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften beteiligt waren, versehentlich auch einen Angestellten des Bergarbeiterverbandes eingeladen. Der Herr plauderte nun dort aus, daß die Regierung erst versucht habe, der gewerkschafts-genosenschaftlichen „Volksfürsorge“ die Genehmigung zu verweigern. Das sei jedoch nicht möglich. Wenn sich diese auch vielleicht noch einige Zeit hinausschieben lasse, so bleibe doch die Gefahr der Tätigkeitsaufnahme bestehen und wäre doppelt so groß, weil die nationalen Gewerkschaften nicht in der Lage seien, dieser „Volksfürsorge“ etwas Ebenbürtiges zur Seite zu stellen. Aber, meint der Herr Landrat, das wäre auch nicht so leicht, denn die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ sei so gestaltet, daß sie auch wirklich den Arbeitern große Vorteile bietet. Die jetzt bestehenden Versicherungen könnten lange nicht an die geplante sozialdemokratische „Volksfürsorge“ heranreichen. Durch den Zusammenschluß der 26 Gesellschaften, der bereits erfolgt sei, könne keine gleichwertige Volksfürsorge geschaffen werden; dies könnte nur durch gemeinsame nationale Volksversicherungen erreicht werden, die auf Gegenseitigkeitsverträgen beruhen. Man habe lange den Gedanken ventiliert, daß die Regierungsorgane die Versicherung leiteten und die Beamten die Organisationsarbeiten ausführten. Das wäre aber auch nicht anständig, weil die große Masse gegen die Regierungsorgane zu mißtrauisch sei.

Der weiter vorgetragene Plan einer „nationalen Volksfürsorge“ ging nur dahin, diese provinzweise zu organisieren, wobei die Provinzen zueinander in ein Gegenseitigkeitsverhältnis treten, um bei eventuellen Epidemien allen Anforderungen gewachsen zu sein. Sechs preussische Provinzen: Schlesien, Ost- und Westpreußen, Posen, Brandenburg und Pommern hätten je 50 000 Mk., also schon 300 000 Mk. zum Betriebsfonds gestiftet. Weitere Provinzen, wie Sachsen, Rheinprovinz und Westfalen, hätten sich schon bereit erklärt, sich der „Volksfürsorge“ anzuschließen und auch Westfalen habe zugesagt. Die Regierung rechne damit, daß alle nationalen Arbeiterorganisationen das Unternehmen unterstützen, die Einklassierung der Beiträge usw. übernehmen werden. Denn nur dann, wenn alle auf nationalem und vaterländischem Boden stehenden Arbeiterorganisationen tatkräftig Hand aus Werf legten, könne eine ebenbürtige „Volksfürsorge“ gegen die sozialdemokratische geschaffen werden.

So sollen auch hier wieder einmal Christen und Hirsch-Dundersche arbeitereindliche Maßnahmen der Regierung in den Vordergrund gedrückt werden, die nicht die Liebe zu den Arbeitern, sondern die Angst vor der modernen Arbeiterbewegung diese Gedanken geboren hat.

Das Submissionswesen ist schon seit langem das Schmerzenskind unserer Handwerkervereinigungen...

Der Versuch zur Besserung ist seitens der Handwerkervereinigungen schon mehrfach unternommen...

Am 3. April hat nun auch der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag nach einem Referat...

Die Vertretung und Verbreitung einheitlicher gesunder Grundsätze auf dem Gebiete des Verdingungswesens...

Auf der Tagung, zu der sich die Herren Vertreter aller bürgerlichen Parteien im Reichstage geladen hatten...

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Jahrtellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt...

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnr. 18. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

- Aus dem Verbandsausgangeschlüssen wurden wegen Streikbruchs auf Antrag der Jahrtelle Berlin die Mitglieder Bruno Henke, Oskar Krüger, Wilhelm Küttus...

- wegen Streikbruchs auf Antrag der Jahrtelle Berlin der Fabrikant Eduard Wam.

- wegen Streikbruchs auf Antrag der Jahrtelle Chemnitz der Fabrikant Richard Fiedler; von Seiten der Tischler Rudolf Koch;

- wegen Streikbruchs auf Antrag der Jahrtelle Chemnitz der Tischler Bruno Baum;

- wegen Streikbruchs auf Antrag der Jahrtelle Chemnitz der Tischler Hermann Hilbert und der Tischler Otto Schmidt;

- wegen Streikbruchs auf Antrag der Jahrtelle Chemnitz der Tischler Hermann Hilbert und der Tischler Otto Schmidt;

- wegen Streikbruchs auf Antrag der Jahrtelle Chemnitz der Tischler Hermann Hilbert und der Tischler Otto Schmidt;

- wegen Streikbruchs auf Antrag der Jahrtelle Chemnitz der Tischler Hermann Hilbert und der Tischler Otto Schmidt;

- wegen Streikbruchs auf Antrag der Jahrtelle Chemnitz der Tischler Hermann Hilbert und der Tischler Otto Schmidt;

- wegen Streikbruchs auf Antrag der Jahrtelle Chemnitz der Tischler Hermann Hilbert und der Tischler Otto Schmidt;

- wegen Streikbruchs auf Antrag der Jahrtelle Chemnitz der Tischler Hermann Hilbert und der Tischler Otto Schmidt;

- 245377 Adolf Gundelach, Tischl., geb. d. 1. 60 zu Koburg.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Wreslau. (Maschinenarbeiter.) Am 9. April fand hier eine Sektionsversammlung statt, in der Kollege...

Dresden. (Korbmacher.) Die Firma Günther verlangt in den Zeitungen öfters nach Gehilfen. Wenn sich...

Essen. Die Parkettleger haben unter den zurzeit herrschenden schlechten Konjunkturbhältnissen im Baugewerbe...

Uppingen. Nach unserem im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifvertrag erfolgte früher jeweils am 1. April...

darauf, ob die Betroffenen zehn oder zwanzig Jahre früher in die Grube sinken. Aber auch die Uneinigheit...

Im benachbarten Süssen sind in einer Kammer und Hornwarenfabrik 25 Arbeiter beschäftigt, von welchen...

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Samstag, den 10. April, bis Freitag, den 25. April 1913.

Table with 4 columns: Branchen, In d. Woche besetzte Arbeitsstellen, Im Wochenabschluss offene Arbeitsstellen, Im Wochenabschluss gemeldete Arbeitslose.

Hannover. (Das glänzende Glend der Parkettleger.) Der Unergenosse, der im Bau mit Parkettlegern zusammenarbeitet, kommt leicht zu der Annahme...

Köln. Trotsdem in der gleichen Sache auf eine Holz des Kölner Lokalanzeiger hin bereits in der Rheinischen Zeitung...

Köln. Trotsdem in der gleichen Sache auf eine Holz des Kölner Lokalanzeiger hin bereits in der Rheinischen Zeitung...

Wreslau. (Maschinenarbeiter.) Am 9. April fand hier eine Sektionsversammlung statt, in der Kollege...

Ordnungsbreiter konnte irgendwie durch „Konzeptionen“ oder Verpflichtungen die Festlegung des Schiedsgerichts beeinflussen. Aus diesen Tatsachen heraus war die Antwort des Kollegen Wendler wohl erklärlich.

Auf die Schlussfolgerungen des Graben Christen, der sich für die „Zweckmäßigkeit“ handelt, näher einzugehen, haben wir weder Zeit noch Lust. Der „Stel vor sozialdemokratischer Demagogie“ steigt dem Christen auf. Von welcher Wohlstandsliebe und heiligem Empfinden sich unsere „Brüder in Christo“ leiten lassen, beweist die nächste Notiz in der gleichen Nummer, in der er die christlichen Schandlaken in Prefeld anderen andichtet.

Königsberg i. Pr. In Verfolg des Auftrages des Möbelkaufhauses „Neiphof“ in Nr. 15 der „Holzarbeiter-Zeitung“ teilt die Ortsverwaltung mit, daß der Betrieb bereits vier Weizer beschäftigt. Neueinstellungen von Weizern können nur durch den Arbeitsnachweis der Zahlstelle, Königstr. 24b, erfolgen.

Wismar. Trozdem der Tarifvertrag der Bau- und Möbelschler kaum ein halbes Jahr alt ist und darin bei außerordentlichen Afforden der Stundenlohn garantiert wird, so ist im Betriebe von Hanspach schon in zwei Fällen versucht worden, diesen Passus zu umgehen. Dies ist besonders dem Werkführer, richtiger wohl Aufseher, zuzuschreiben. Dabei ist er selbst daran Schuld, wenn ein Afford einmal teurer wird, da die Kollegen sehr oft warten müssen, bis es diesem Herrn gefällt, das Material zu beschaffen. Diese Stille des Meisters sollte sich nur einmal überlegen, wie er vor Jahren als kaum Ausgelernter in diesen Betrieb gekommen ist. Jetzt versucht er, die Kollegen mit seinen Lieblingsworten zu verblüffen: „Wenn nicht paßt, kann gehen, fünf warten schon.“ Schon Wehrlinge haben sich über sein Verhalten empört und sind ihm energisch zu Leibe gegangen. In der Pianofortefabrik von Jöcher haben unsere Kollegen ebenfalls einen schweren Standpunkt. Es ist deshalb unbedingt nötig, daß die Durchschreibenden das Anschauen unterlassen.

Marktredwitz. Es ist nur zu begrüßen, daß sich die jungen Schreiner endlich dem Holzarbeiterverbande anschließen, um auch hier Verhältnisse zu schaffen, welche anstandslos der Entwicklung unseres Ortes schon vor Jahren notwendig gewesen wären. Hierzu bedürfen wir aber überzeugter Kollegen. Solche können nur durch fleißiges Zeigen des Verbandsorgans und regen Besuch der Versammlungen herangebildet werden. Aus diesem Grunde werden alle Kollegen ersucht, zu der am Samstag, den 3. Mai, abends 8 Uhr, in der neuen Restauration stattfindenden Versammlung, in welcher Gaudwitscher Stein anwesend sein wird, zu erscheinen.

Münsterberg. Herr Jean Knöllinger, der große Schutzwandkämpfer, kommt in der „Nachzeitung“ erneut auf die Geldrolle zurück, die er im Fall Nicht gespielt haben will. Wir haben schon wiederholt gesagt, daß er die Wahrheit in schlauester Weise maltariert; sind aber auch jetzt bereit, diese Behauptung persönlich zu beweisen. Deshalb richten wir auch an dieser Stelle die Aufforderung an Herrn Knöllinger, die Anlagen, die er in der „Nachzeitung“ gegen uns erhebt, in einer Schlichtungs- scheinung auf die Tagesordnung zu setzen. Bisher ist er nämlich der Behandlung des Falles Nicht in der Schlichtungs- kommission sorgfältig aus dem Wege gegangen. In der Sitzung vom 11. April verurteilte Herr Knöllinger allerdings, in einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung unseren Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu entkräften, erzielte aber damit nur, daß Kollege Schöne p p e n h o r s t namens der Zahlstelle folgende Erklärung abgab: „Wir weisen den Vorwurf des Tarifbruchs mit Entschiedenheit zurück und erklären, daß Herr Knöllinger in der „Nachzeitung“ die Wahrheit auf den Kopf stellte. Seine Angaben über die Einzelfälle sind unrichtig, der Fall Nicht hat Herr Knöllinger ebenfalls unrichtig dargestellt. Sätze aus einem Telefon- gespräch sind summarisch geändert, aus dem Zusammenhang entfernt zu seinem Artikel verwendet worden. Wir sind bereit, ganz gleich in welcher Instanz, den Beweis für jede unserer Behauptungen zu erbringen. Im Bureau des Holzarbeiterverbandes herrscht der Grundsatz, mit Herrn Knöllinger nur in Gegenwart von Zeugen zu verhandeln.“

Pforzheim. Die Kammerfabrik Jaf. Denzel hat am 1. April ihren Betrieb von hier nach dem auf württembergischen Gebiet liegenden Städtchen Calw verlegt. Der Anbieter hoffte, die in den dortigen zwei Textilfabriken üblichen niedrigen Löhne auch für sich auszunutzen zu können und wollte auch gleich deren zehnstündige Arbeitszeit nach der bei ihm üblichen elfstündigen einführen. Das scheiterte aber gleich an dem Widerstand seiner organisierten Arbeiter. Aber auch mit dem Lohn dürfte er kein Glück haben, denn die Lebensmittelpreise sind in Calw noch höher als in der ohnedies schon teuren Goldstadt Pforzheim. Herr Denzel hofft allerdings, mit billigeren, einheimischen Arbeitskräften auszukommen. Um einen Anlaß der Löhne zu verhindern, werden deshalb die Kollegen ersucht, bevor sie sich beim Arbeitgeber um Arbeit melden, sich zunächst an den Vertrauensmann der Werkstätte, Frh. Wilsch, Wilschstraße 489, zu wenden.

Schneidemühl. Die hiesigen Tischlermeister scheinen große Neigung zu haben, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Sie suchen zwar mitunter in den örtlichen Zeitungen tüchtige Kautschüler, aber die ortsanfässigen Verbandsmitglieder wollen sie nicht einstellen. Dagegen klagen sie darüber, daß die Löhne zu hoch seien. Das scheint auch der Grund dafür zu sein, daß erst jetzt wieder ein Meister seine Werkstätten verlassen hat und nun sucht, von auswärts billige Arbeitskräfte heranzuziehen. Da gegenwärtig unsere Kollegen arbeitslos sind, dürfte es sich nicht empfehlen, nach Schneidemühl zu kommen. Jedenfalls müssen Jureisende erst bei der Verwaltung anfragen, denn das Anschauen ist hier streng verboten.

Wurzen. Während unser Tarifvertrag mit der Tischlerinnung für Tischler über 20 Jahre ab 1. Mai einen Mindestlohn von 41 Pf. bringt, so macht die hiesige Möbelfabrik von Streil dabei eine Ausnahme. Hier arbeiten die Tischler meist im Afford. Warten auf Material ist bei der Tagesordnung. Werden neue Muster angefertigt, so steht der Streil mit einem Meister ohne Veranlassung des Fabrikanschlusses die Preise selbst fest. Das unter solchen Umständen kein befriedigendes Resultat für die

Kollegen herauskommt, versteht sich wohl von selbst. Die zureisenden Kollegen, die in diesem Musterbetrieb anfangen, kehren diesem sehr bald wieder den Rücken, da sie sich bei diesem spärlichen Verdienst nicht über Wasser halten können. Tischler, die im Lohn arbeiten, haben, wenn sie 25 Jahre alt sind, aber auch noch, wenn sie 10-15 Jahre im Betriebe beschäftigt sind, 37 Pf. Mindestlohn. Bei den Maschinenarbeitern ist das Verhältnis noch ungünstiger. Kollegen, die schon 10-20 Jahre dort beschäftigt sind, erhalten einen Lohn von 34 Pf. Leute, die von der Landstraße kommen, die meistens keine Ahnung von einer Maschine haben, werden an Hobelmaschinen und Kreis- sägen gestellt. Unter solchen Umständen kommen Unglücksfälle häufig vor. Wird einmal ein Kollege wegen Lohn- erhöhung vorstellig, so spielt Herr Streil sehr oft den notleidenden Fabrikanten und nichts als bis. Es ist Pflicht der Kollegen am Orte, dafür zu sorgen, daß auch hier einmal andere Verhältnisse Platz greifen. Aber auch von den Kollegen auf der Reise müssen wir verlangen, wenn sie in diesem Musterbetriebe arbeiten und sich vor Ent- kündigung bewahren wollen, daß sie dann bei unserem Messe- unterstützungsauszahlung erst Erkundigungen einzeln über die Verhältnisse.

Unsere Lohnbewegung.

In Wlberach a. Rh. waren seit der letzten Lohnbewegung 13 Jahre verstrichen. Es wurde damals die zehnstündige Arbeitszeit, 5 Proz. Lohnerhöhung und Abschaffung von Kost und Logis durchgeführt. In dieser langen Zeit, in welcher die Lebensbedingungen eine rapide Preissteigerung erfahren haben, ist aber eine dementsprechende Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht eingetreten. Die Stundenlöhne bewegen sich seitdem in der Höhe von 30-40 Pf., mit ganz wenigen Ausnahmen. Es sind jedoch auch noch solche mit 25 Pf. zu verzeichnen. Mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, haben sich nun die hiesigen Holzarbeiter, die noch zum Ueberflus in drei Organisationen zerstückelt sind, zusammengeschlossen und unter anderem die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 50 Stunden und 10 Proz. Lohnaufschlag gefordert. Die Arbeitgeber lehnten aber die Forderungen ab und wollten nur die ebenfalls geforderten 10 Proz. Zuschlag für Ueber- stunden und Umzüge gewähren. In einer persönlichen Aussprache mit den Organisationsleitern wurde vereinbart, daß Arbeitslöhne, welche heute 40 Pf. und weniger betragen, einen Aufschlag von 3 Pf. die Stunde erhalten; Löhne über 40 Pf. einen solchen von 2 Pf. Bezüglich der Arbeitszeit ist kein Zugeständnis gemacht, unsere Kollegen bestehen jedoch auf einer Stunde am Sonnabend. Die Holzwarenfabriken Schmidt u. Cie. und Aug. Mayer sowie das Orgelbaugeschäft von A. Reiser, die bisher schon bessere Löhne als die Kleinmeister zahlten, haben diese Stunde bereits bewilligt und außerdem je 1 Pf. Zulage ab 1. Mai und 1. Oktober dieses Jahres. Auch in Wlberach könnten die Arbeitsverhältnisse weit bessere sein, wenn die Kollegen sich mehr der Organisation anschließen würden, anstatt sich in allerlei Ausreden zu ergeben. Wenn es ernst wird, bilden diese Leute den Kernschub der Bewegung. Es liegt nun an den Kollegen, das ein- mal Ergrünte festzuhalten, die außenstehenden Kollegen dem Verbandsbezugzuführen.

In Wlberach ist jetzt ein Kampf um die Beendi- gung der täglichen Arbeitszeit zu Ende ge- führt worden, der nicht weniger wie ein Jahr und zwei Monate gedauert hat. Der im Jahre 1910 mit der Innung abgeschlossene Tarifvertrag steht in der Streitfrage nur vor, daß im Sommerhalbjahr die Arbeitszeit spätestens abends 6 Uhr beendet sein muß. Unsere Kollegen von jeher der Auffassung, daß die Bestimmung: „spä- testens 6 Uhr“ nur solange Bedeutung habe, wie die Ar- beitszeit täglich mehr wie 9 Stunden betrage. Weil bei den Vertragsverhandlungen von seiten der Arbeitgeber mündlich zugesagt war, daß die Verkürzung der Arbeits- zeit abends abgelaufen werden sollte. Bis nun am 1. April 1912 die Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden ver- längert wurde, glaubten unsere Kollegen auf Grund der mündlichen Zusage der Arbeitgeber berechtigt zu sein, die Verkürzung abends abzutreiben. Im Interesse der Ein- heitlichkeit wurde der Innung durch unsere Verwaltung der Antrag unterbreitet, den Arbeitschluß auf 5 1/2 Uhr zu verlegen. Die Innung aber unter der Oberhoheit des Rheinisch-Westfälischen Tischlerinnungs-Verbandes sträubte sich dagegen und sperrte die Tischler nach knapper Ver- handlung am 23. April 1912 kurzhand aus. Die Aus- sperrung dauerte 4 Tage, dann wurde die Arbeit zunächst zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Die Schlichtungskommission hatte getagt und die Beendigung der täglichen Arbeitszeit theoretisch geregelt; jedoch mit dem Vorbehalt, daß von einem Unparteiischen nachgeprüft werden solle, ob der Schiedspruch dem Sinn und Inhalt des Arbeitsvertrages entspreche sowie den gegebenen Ver- hältnissen gerecht werde. Der Unparteiische, ein bürger- licher Richter, legte den Schiedspruch nun so aus: „weil Tarifverträge keine gesetzliche Rechtskraft besitzen, sei es den einzelnen Betrieben immer noch freigestellt, je nach Belieben und Bedürfnis, Sonderabmachungen zu treffen.“ Da nun auf seiten der Arbeiter das Bestreben vorherrschte, möglichst früh Arbeitschluß zu haben und auch ein Teil der Arbeitgeber dem nichts entgegenstellte, auf der anderen Seite aber die Innung als Vertreterin des kleinen Ge- werbes dafür eintrat, die Arbeitszeit am Abend länger auszuweiden, half diese Interpretation tüchtig dazu, die Beendigung der Arbeitszeit sehr ungleich zu gestalten. Die Neigung zum frühen Feierabend zeigte sich vorwiegend in den größeren Geschäften und legten auch deren In- haber wenig Bedeutung darauf.

Die örtliche und zentrale Leitung der Innung bohrte unablässig um den Arbeitschluß auf 6 Uhr abends in allen Betrieben einzuführen. Auf Beschluß einer Innungsver- sammlung wurde an alle Mitglieder eine Bekanntmachung erlassen, die darauf abzielte, diesen Plan durchzuführen. Dazu beschloß der Innungsvorstand noch, daß alle Mit- glieder in eine Geldstrafe in Höhe bis zu 20 Mk. ge- nommen werden sollten, welche dem 6-Uhr-Schluß in ihrer Werkstatt nicht Geltung verschaffen würden. Den Ar- beitern gegenüber suchte man gegen dieses Frühjahr wieder mit Aussperrungsplänen. In der Schlichtungs- kommissionsitzung verlangten die Arbeitgebervertreter die

Zustimmung zu einer diesbezüglichen Bekanntmachung, welche in allen Betrieben ausgehängt werden sollte. Die Arbeitervertreter lehnten den Antrag der Bekanntmachung entschieden ab, erklärten sich dagegen bereit, die Sache in jedem einzelnen Betriebe zu untersuchen. Der Innung blieb zuletzt nichts anderes übrig, als darauf eingehen zu müssen. Bei der Untersuchung kamen in erster Linie nun die größeren Geschäfte in Betracht und es stellte sich dabei heraus, was bereits oben angedeutet, daß die Innung einen förmlichen Druck auf ihre Mitglieder ausgeübt hatte, was man umgekehrt den Arbeitern als unerhörten Ter- rorkismus an die Wandscheibe gebunden hätte. Dafür zeugen die Ergebnisse, die in den einzelnen Fällen schriftlich niedergelegt sind. In einem Falle war der Arbeitgeber offenerherzig genug, bei der Untersuchung in seinem Betrieb, in Anwesenheit des Obermeisters und des Verbandsver- treeters sich ziemlich deutlich gegen den Eingriff der Innung zu wehren.

Die Verhandlungen endeten überall mit dem Resultat, daß die Beendigung der täglichen Arbeitszeit auf 5 1/2 Uhr festgesetzt wurde, ohne Wesperspaße; jedoch wurde ausdrück- lich bestimmt, daß geübert werden darf. Dieses Ergebnis bedeutet für die Innung ein nicht geahntes Fiasko. Was aber hier mehr an der Sache interessiert, ist die Feststellung, daß die Innung ihre Mitglieder durch Versammlungs- beschlüsse maostrifiziert und durch Androhung von Strafen terrorisiert. Bei den Abstimmungen in den Innungsver- sammlungen entscheidet die Stimmenmehrheit der an- wesenden Einzelmitglieder. Das hat natürlich zur Folge, daß die Ketten Meister stets mit ihren Absichten in der Mehrheit sind. Diese Vorgänge in Wlberach waren er- neut davon, bei Vertragsverhandlungen sich allein auf das Wort solcher Innungsmacher zu verlassen. Was zuge- standen wird, muß auch schriftlich fixiert werden. Anderen- falls läuft man leicht Gefahr, später einen Kampf führen zu müssen, welcher an Zeit und Geld mehr aufwiegt als das Streikobjekt selbst wert ist.

In Wlberach sind bei der Landwirtschaf- lichen Maschinenfabrik G. G. Richter die orga- nisiertesten Tischler, Stellmacher und Maschinenarbeiter wegen Nichtberücksichtigung ihrer Wünsche sowie fort- gesetzter Misshandlung von Kollegen und Misshandlung der Affordpreise in den Zustand getreten. In diesem Be- triebe ist in der Wlberach Stellmacherei seit dem Herbst vorigen Jahres ein junger Meister aus Wlberach, Schenk mit Namen, tätig. Dieser Herr legt besonderen Wert auf die Agitation für den im Betriebe bestehenden gelben Wert- verein. Wer sich in diesem Betriebe um Arbeit bemühte, mußte auch Mitglied bei den Gelben werden, oft gegen seinen Willen. Wer sich dem nicht fügen wollte, wurde unter dem Vorwand, daß seine Arbeit nicht zu gebrauchen sei, nach kurzer Zeit wieder entlassen. Dieses und die schikanöse Behandlung, sowie die fortgesetzten Preisredu- zierungen im Interesse des Unternehmers veranlaßte die Kollegen, der Firma einige Wünsche in bezug auf Ver- besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unter- breiten. Da sich die Firma voraussetzungslos nach auswärts um andere Arbeitskräfte bemühen wird, ist der Zugang streng zu meiden. Die Differenzen im Tischlereibetriebe Wlberach sind beigelegt. Die Firma erkennt nun den am Orte allgemein gültigen Vertrag für das Tischlergewerbe auch für sich an.

In Dortmund haben die Modellschreiner der Werkzeugmaschinenfabrik Wagner u. Comp. Forderungen eingereicht. Der Durchschnittslohn beträgt dort bisher ungefähr 52 Pf. pro Stunde. Unerträglich waren die große Anzahl Ueberstunden, die bisher geleistet werden mußten. Waren es doch häufig 25 bis 35 pro Woche. Die Kollegen fordern eine wesentliche Einschränkung der Ueberstunden, ferner eine Lohnerrhöhung von 4 Pf. die Stunde. Die Ein- stellungslöhne sollen in der Weise geregelt werden, daß für Ausgelernte ein Stundenlohn von 40 Pf., für Schülern über 20 Jahre ein solcher von 55 Pf. pro Stunde bezahlt werden soll. Da die Firma sich weigert, wesentliche Zugeständnisse zu machen, haben die Kollegen am 22. April die Kündigung eingereicht. Zugang bitten wir fernzuhalten.

In Dresden ist die Lohnbewegung der Sägeer- in der Holzfabrik von Max Koppel durch Abschluß eines neuen vierjährigen Tarifvertrages beendet worden. Erreicht wurde auf sämtliche Muster 8 Prozent Lohn- erhöhung, welche sich auf die Vertragsdauer verteilen, und 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung, sofort von 53 auf 52 Stunden und am 1. April 1916 auf 51 Stunden. Der Mindeststundenlohn beträgt 53 Pf., er erhöht sich nach zwei Jahren auf 55 Pf. und steigt im 4. Jahre auf 58 Pf. Bisher betrug der Mindestlohn noch 45 Pf. Ferner ist bei Meister Krause und Köhler der Tarif für die ge- schlagene Branche anerkannt worden. Mögen auch die Kollegen in anderen Orten ihrerseits für weitere Lohn- verbesserungen sorgen, damit uns die Durchführung un- serer Bedingungen nicht erschwert wird.

In Gadow i. Mecklg. ist der Streit der Sägeer- arbeiter bei der Firma J. Tisse beendet. Bewilligt wurde die Verkürzung der Arbeitszeit von 68 auf 60 Stun- den und 3 1/2 Pf. Lohnerrhöhung. Der Aufschlag für Ueber- stunden wurde um 5 Pf. pro Stunde erhöht. Geschlossen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Wenn auch nicht alle Wünsche unserer Kollegen erfüllt sind, so ist jedoch auch dieser Erfolg wieder ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu einer besseren Lebenshaltung. Diese Errungen- sarten waren nur mit Hilfe der Organisation durchzu- drücken. Hoffentlich tragen nun sämtliche Kollegen dazu bei, daß auch der letzte Sägeerarbeiter am Orte dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande zugeführt wird.

In Johannegeorgenstadt vermag die Uhrgehäuse- fabrik Any fortgesetzt die Affordpreise zu reduzieren. Bisher war es immer noch gelungen, dieses auf gutlichem Wege zu regeln. Jetzt hat die Firma nun einen größeren Pöten Uhrgehäuse zu machen und dabei pro Stück für das Zusammenfügen 10 Pf. abgezogen; das macht für den Ar- beiter einen Lohnausfall von rund 6 Mk. pro Woche aus. Dieser Abzug fällt um so mehr ins Gewicht, wenn man bedenkt, daß der Durchschnittsverdienst nur 23 bis 24 Mk. pro Woche beträgt. Es kommt noch weiter in Betracht, daß wir mit der Firma einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, so daß auch Tarifbruch vorliegt. Ebenso hat die Firma den Affordtarif der Polierer reduziert. Alle Verhandlun- gen sind gescheitert, so daß nichts weiter übrig blieb, als

die Kündigung einzureichen, welche nun am 30. April abläuft. Wir bitten, den Zugang von Tischlern, Polierern und Maschinenarbeitern streng fernzuhalten, um der Firma Sny endlich einmal beizubringen, daß sie den Vertrag einzuhalten hat.

In Langenberg bei Nieja sind in der Korbmacherei Paul Mehner Differenzen ausgebrochen. Da trotz langer Arbeitszeit mehr als 18 Mk. im Monat nicht zu verdienen waren, faßten die Kollegen eine Neuregelung ins Auge. Als Herr Mehner vorzeitig von dem Plane erfuhr, kündigte er sämtliche Organisierten. Von einer Abmachung mit der Organisation will er vorläufig nichts wissen. Die eingeleiteten Verhandlungen verliefen deshalb erfolglos. Zugang ist bis zur Beilegung der Differenzen zu vermeiden.

In Neuzelle sind die Korbmacher in eine Lohnbewegung getreten. Gefordert werden die Akkordpreise und Löhne, die im vorigen Jahr für Fürstenberg und Guben durch Vertrag festgelegt sind. Die Arbeitgeber Meische und Bulke haben unsere Forderungen anerkannt, während die Arbeitgeber Reitsch, Grimm, Müller und Noack es ablehnten, die geforderten Preise zu zahlen. Die in den vorgenannten Werkstätten beschäftigten Korbmacher haben die Arbeit niedergelegt. Wir bitten darum, den Zugang nach Neuzelle fernzuhalten.

In Ohrdruf stehen die Kollegen der Spielwarenfabrik von F. W. Freitag u. Co. in einer Lohnbewegung. Trotz der gewiß berechtigten Forderungen — Verkürzung der Arbeitszeit von 63 1/2 Stunden auf 60, Erhöhung der Löhne um 5 Pf. und Bezahlung der Ueberstunden mit 5 Pf. Aufschlag — war durch Verhandlungen eine Einigung nicht zu erzielen. Die Kollegen haben daher am 19. April ihre Kündigung eingereicht und wird gebeten, Zugang fernzuhalten.

In Osbernhan sind die Kollegen in den Bau- und Möbelbetrieben in eine allgemeine Lohnbewegung eingetreten. Die größte Firma am Ort, Otto Weinhold, welche gegen 275 Arbeiter beschäftigt, hat sich zu Verhandlungen bereit erklärt, und haben solche im Beisein unseres Gewerkschafters und eines Vertreters des Deutschen Industrieschutzverbandes bereits stattgefunden. Als abgeschlossen können dieselben aber noch nicht gelten, da sich die Kollegen mit den Vorschlägen der Firma in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und des Einführungstermins der neuen Bedingungen noch nicht einverstanden erklären konnten. In den übrigen Betrieben haben sich die Unternehmer bisher in Stillschweigen gehüllt, und wurde deshalb in diesen Betrieben die Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

In Saalfeld dauert der Streit der Möbelmacher der Maschinenfabrik Reihmann fort. Während der bisherigen Verhandlungen mit den Ausständigen kurz ablehnt, schreibt er nach außerhalb schöne Briefe, um Leute heranzuziehen. Daß er dabei gut bezahlt, dauernde und angenehme Stellung verspricht, nimmt gar nicht damit über ein, daß er seinen bisherigen Leuten jede Zulage verweigert, während andere Betriebe eine solche gewähren.

In Schwertin i. Meckl. haben die Kollegen am 21. April beim Tischlermeister Hiesert die Arbeit eingestellt, weil er sich weigert, sich dem neuen Tarifvertrag anzuschließen. Hiesert ist nicht organisiert und will sich nun auch keinem Verband verpflichten. Er dürfte aber auch noch zu der Einigung kommen, daß dieser Standpunkt unzeitgemäß ist. Der Trotz, den er seinen Gesellen spendete, daß sie den Verdienst durch recht viele Ueberstunden erhöhen könnten, ist bei diesen auf wenig Verständnis gestoßen.

In Weizenfels hat, wie wir berichtet haben, ein mehrwöchiger Streit in der Sargtischlerei Sauer stattgefunden. In unserer Nr. 13 haben wir mitgeteilt, daß der Gewerkschaftler Rothe als Arbeitswilliger stehen geblieben ist, und daß der Gewerbeverein der Schuhmacher, dem Rothe angehört, ihn mit der Verweigerung der Unterstützung bedroht haben soll, falls er sich den Streikenden anschließen würde. Diese Angabe stütze sich auf Mitteilungen, welche Rothe unseren Kollegen gemacht hat. Vom Ortsverein der Schuhmacher und Lederarbeiter in Weizenfels wird die Richtigkeit dieser Behauptung bestritten. Herr Koch von diesem Ortsverein sendet uns unter Hinweis auf das Vergehen eine Verurteilung, die den Anforderungen des Gesetzes natürlich nicht entspricht. Wir wollen aber aus der Zukunft mitteilen, daß nach Ansicht des Gewerbevereins, Rothe keine Meisterdienste geleistet und für einen geringeren Lohn gearbeitet habe, da ihm keine Abzüge gemacht worden sind. Die Leitung des Gewerbevereins habe sich damit einverstanden erklärt, daß Rothe die Arbeit niederlege, für diesen Fall ist ihm die Streikunterstützung in Aussicht gestellt worden. Rothe hat auch die Arbeit niedergelegt, ist aber wieder aufgenommen, als ihm die Firma die Weiterzahlung des früheren Lohnes verspricht.

Aus der Holzindustrie.

„Nichts Nachteiliges“

Neben den allgemeinen Regeln der Lebensmoral hat jede soziale Schicht noch ihren besondern Ehrenkodex, dessen Verletzung den Tünder in seiner Gesellschaft unmöglich macht. Der Offizier, der ein armes Mädchen im Zuchthaus vergibt, der es aber heiratet, muß den künftigen Kopf ausziehen. Der oblige Hochpapier begibt sich dem König, mag er ein Strauß, der arbeitssame adlige Jüngling verachtet aber mag es ablegen, dieweil sein Erwerb nicht herabgemindert ist. In den Kreisen der Hohenjunker gibt es nichts Entwürdigenderes, als arm zu sein, nach dem Motto des Reichthums fragt man weniger. Der Arbeiter dagegen hat den, der aus Not ein Stück Brot nahm, weit weniger verachtet als den, der seine Wärmehäute in menschenunwürdiger Form um Tauende brachte.

Weder eines aber ist man sich in allen Gesellschaftsklassen, die auf Bestand haben, einig: Der Verrat an seiner eigenen Klasse ist auf jeden Fall entwürdigend. Ein solcher Verrat ist aber für uns der Streikbruch. Und nicht nur für uns, denn in die bürgerlichen Kreise hinein wird

das Verächtliche einer solchen Handlung anerkannt. Man braucht gar nicht bis zu jenem englischen Richter zurückgreifen, der den Streikbrecher bezeichnete als „einen Verräter im kleinen Maßstabe, der erst seine Kollegen verkauft und nachher von seinem Arbeitgeber verkauft wird, bis er zuletzt verachtet und verabscheut ist von beiden Parteien“. Der ehemalige Nationalsozialist Helmuth v. Gerlach nannte in der „Welt am Montag“ die Arbeitswilligen „Schänen des Schlachtfeldes der Arbeit, ein verächtliches Element“. Und der italienische Minister San Guitano erklärte im Parlament, daß er den Streikbruch italienischer Arbeiter bedauere, weil dadurch der gute Ruf des italienischen Volkes geschädigt werde.

Streikbruch ist also in den Augen dieser Leute etwas „Nachteiliges“ am Rufe eines Menschen. Wenn auch die deutsche Scharfmacherpresse das Lied von den braven Arbeitswilligen in den höchsten Tönen singt, so gilt doch auch für das deutsche Unternehmertum, daß man wohl den Verräter, aber nicht den Verräter liebt. In der organisierten Arbeiterschaft gibt es aber jedenfalls gar keinen Zweifel über die Wertschätzung des Streikbruches, es sei denn, daß man die grundsätzlich gesinnungslosen Gelben auch noch als organisierte Arbeiter betrachtet.

Eine Gewerkschaft, die Anspruch auf diesen Ehrennamen mit Recht erheben will, darf nicht mehr darüber streiten, daß der Streikbruch nicht zu billigen ist. Läßt sie aber darüber Zweifel aufkommen, so ist der Verdacht berechtigt, daß ihr nicht das gewerkschaftliche Ziel die Hauptsache ist, sondern eben ein anderes, der Oeffentlichkeit verborgen gehaltenes.

Nun haben die christlichen Gewerkschaften schon des öfteren Anlaß gegeben, an der Ehrlichkeit ihrer gewerkschaftlichen Absichten zu zweifeln. Nur zu oft haben sie sich dem Aufstieg der Arbeiterklasse hindernd in den Weg gestellt, anstatt ihr zu fördern. Wir dürfen nur erinnern an den Streikbruch von Köln 1905, an den vorjährigen Bergarbeiterkampf im Ruhrgebiet und den gegenwärtigen Färberstreik in Krefeld. Wichtiger als die Hebung der Arbeiterklasse ist ihnen eben die Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung.

Daher rührt auch ihre laze Auffassung des Streikbruches. Daß sie darin „nichts Nachteiliges“ im Rufe eines Menschen sehen, hat erst jüngst wieder der Vorstand des christlichen Holzarbeiterverbandes bestätigt, indem er auf die Beschwerde unseres Verbandes über die Aufnahme dreier Streikbrecher in den christlichen Verband nachfolgendes schrieb;

Köln, den 22. März 1913.

Am Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes Berlin.

Werte Kollegen!

In Sachen der in Reichenhausen zu unserem Verband übergetretenen Kollegen teilen wir Ihnen freundlich mit, daß wir über die Kollegen nichts Nachteiliges ermitteln konnten, was die Ablehnung des Uebertritts rechtfertigen würde.

Mit kollegialem Gruß

Zentralverb. christl. Holzarb. Deutschlands, Th. Meyers.

Die drei hier in Frage kommenden Personen waren als Mitglieder unseres Verbandes im vorigen Jahre am Streik in der Möbelfabrik zu Reichenhausen beteiligt, zwei von ihnen waren ledig. Anfang November nahm zuerst der Verheiratete die Arbeit auf, und nicht genug damit verleitete er auch noch die beiden Ledigen dazu, die bereits auswärts in Arbeit standen. In der richtigen Voraussetzung bei den Christlichen auf volles Verständnis zu stoßen, wandte sich nun der erstere an die christliche Zahlstelle im benachbarten Nischau, und siehe, dort wurde er mit offenen Armen als Mitglied aufgenommen und mit ihm die beiden Ledigen sowie zwei im Betriebe stehende gebliebene Arbeitswillige. So schufen sich die Christlichen den Stamm zu ihrer erträumten künftigen Zahlstelle Reichenhausen.

Wenn ihr Nischauer Vorsitzender, trotzdem er wissen mußte, daß in Reichenhausen Streik war, sich der Eroberung freute und die drei unfreu gewordenen Verbandsmitglieder übertraten ließ, so könnte man ihn als „unreinen Beamten“ abruhen. Wenn aber auf die ausdrückliche Darstellung des Sachverhaltes seitens unseres Verbandsvorstandes und die Beschwerde wegen der Aufnahme von Streikbrechern der Vorstand des christlichen Verbandes, als er nach Verlauf von zehn Wochen an eine Antwort gemahnt werden mußte, nichts weiter zu erwidern wußte, als daß der erhobene Vorwurf „nichts Nachteiliges“ sei, so ist dies typisch.

„Nichts Nachteiliges“ sehen also die Leiter des christlichen Holzarbeiterverbandes darin, daß ein Arbeiter den von ihm selbst mitgeschickenen Streik bricht, seinen Mitarbeitern nicht nur selbst in den Rücken fällt, sondern auch nach Streikbrecher heranzholt. Dieser Fall zeigt wieder einmal das Possenbühnen in dem Verhalten der christlichen Organisationen. Es muß schon schlimm stehen um eine „Gewerkschaft“, die sich freut, auf solche Art zu Mitgliedern zu kommen und darum selbst in einem offensichtlichen Streikbruch „nichts Nachteiliges“ findet.

Der Arbeitgeberschutzverband für das Deutsche Holzgewerbe verurteilt seine diesjährige Generalversammlung für den 7. und 8. Juni nach dem Zentraltheater in Leipzig ein. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Beratung und Beschlußfassung über eine Preiserhöhung unserer Fabrikate. Die Zweckmäßigkeit der Vorkündigung unserer Mitglieder an der Bildung örtlicher Lieferungsverbände be-

hufs gemeinsamer Uebernahme kommunaler und staatlicher Arbeiten. Beschlußfassung über die Anstellung von Geschäftsführern für die einzelnen Landesteile.

Anschließend an diese Tagung findet am 29. und 30. Juni im gleichen Lokal der 30. deutsche Tischlertag des Bundes deutscher Tischlervereinigungen statt.

Netze Neuentwickler. Aus Bayern schreibt man uns: Die Vergebung der Schreinerarbeiten beim Neubau der Kreis-Ferienanstalt in Günzburg a. Donau zeitigte wieder einmal prächtige Submissionsblüten. Bei den in 4 Losen eingeteilten Arbeiten betragen die Höchstforderungen 4622, 3474, 2712 und 6594 Mk.; die Mindestangebote dagegen 3104, 2384, 1040 und 4744 Mk. Das sind Angebote von 28 bis 60 Proz. Jahraus, ja freim ja, wenn die Herren Meister in der Provinz, keine größeren Bauten zu haben. Errichtet nun der Staat einmal eine größere Anstalt in solch einer Provinzstadt, dann sind die Herren Schreinermeister nicht einmal in der Lage, „angemessene“ Preise für ihre Arbeiten anzugeben. Wozu denn dann der ganze Zusammenschluß? Einigkeit wird später nur wieder vorhanden sein im Gesamtmer über schlechte Zeiten und niedrigen Verdienst, wenn die Gehilfen mit den Herren in Tarifverhandlungen stehen.

Gewerkschaftliches.

Streik im ober-schlesischen Bergbau.

Ziemlich unverhofft kommt die Nachricht aus dem ober-schlesischen Grubenrevier, daß dort am 19. April ein allgemeiner Streik der Bergleute zum Ausbruch gekommen ist, der gar bald auch andere Betriebe in Mitleidenschaft ziehen kann. Schon hat die große Eisengießerei Marthahütte in Rattowitz wegen Kohlenmangel den Betrieb eingestellt.

Das hier in Frage kommende Gebiet ist gewerkschaftlich noch ziemlich unentwickelt. Von den angeblich dort vorhandenen 120 000 Bergleuten ist nur ein Teil organisiert und dieser überwiegend in der Polnischen Berufsvereinigung, während der „freie“ Verband und der „Kirch-Dunklerische Gewerbeverein“ nur mit geringeren Mitgliederzahlen vertreten sind. Daneben kommen aber auch noch die katholischen Arbeitervereine bester Richtung in Frage. Diese Konstellation erklärt sich aus der Zusammensetzung der Belegschaft. Die Grubenherren erziehen die fortdauernde Ueberwanderung nach den immer noch besser bezahlenden Ruhrgruben aus den rein polnischen Bezirken, wo die Arbeiter noch möglichst geringe Ansprüche an das Leben stellen, wo Funkertum und Geistlichkeit das ihre tun, um durch Vorkleben der Nationalitätenfrage die Arbeiter-schaft von der Verfolgung wirtschaftlicher Fragen abzuhalten.

Nun ist es auch bei diesen ausgedehnten Grubenflaven zum Krach gekommen. Die Polnische Berufsvereinigung, die da glaubte, ein Anrecht auf die alleinige Interessenvertretung der ober-schlesischen Bergleute zu haben, reicht bereits im letzten Herbst bei den Gruben-Ueberwanderungsanträgen zur Arbeitsordnung ein, die auf Mindestlohn, Achtstundenschicht, Urlaub und Sicherung des Familienrechtes hinausgingen. Die Unternehmer ließen sich selbstverständlich auf nichts ein. Sie erklärten, daß sie die Polnische Berufsvereinigung zur Vertretung der Bergarbeiterinteressen als nicht berechtigt anerkennen könnten. Die Polnische Berufsvereinigung raffte sich dann zu einer Petition an den preußischen Landtag auf, bei deren Besprechung sie aber mit einer Note, die sie sich selbst gebunden hat, geächtigt wurde. Graf Wendt von Donnersmarck, Zentrumsgewerkschafter und Mitglied der schweizerischen Grubenbesitzerfamilie Donnersmarck, für dessen Wahl im Jahre 1908 die Mitglieder der Polnischen Berufsvereinigung eingetreten sind, weil ihnen die national-polnische Presse erzählte, Graf Donnersmarck sei ein warmer Freund der Arbeiter, erhob sich und bekämpfte während der Petition. Nichts wie Ueberreibungen zum Zwecke der Verhehlung seien in der Petition enthalten. Er beantragte Uebergang zur Tagesordnung, und so geschah es auch. Da sich aber auch jetzt die Unternehmer auf nichts einließen, wurde am 16. März die „Proklamierung des Generalstreiks für Ober-schlesien“ beschlossen.

Von ihrem Vorgehen hatte die Polnische Berufsvereinigung die anderen Organisationen nicht unterrichtet. Trotzdem haben der freie Verband und der Kirch-Dunklerische Gewerbeverein für ihre Mitglieder die volle Solidarität zugesagt, während die katholischen Facharbeiter nicht mitmachen, sondern schlemmig den Streikbruch organisieren. Die polnische Organisation greift jetzt schon zu öffentlichen Sammlungen, während die freie ihre Mitglieder aus eigenen Mitteln unterstützt.

Der Kampf hat zunächst mit 12 000 Mann auf 15 Gruben eingesetzt und hatte am 23. April bereits 50 Gruben mit 50 000 Mann erfaßt. Die Grubenherren arbeiten mit den bekämpften Zwangsmaschinen, insbesondere drücken sie auf die in den Schlafhäusern der Gruben untergebrachten Ledigen, denen dort einfach das Essen verweigert wird, wenn sie nicht zur Arbeit gehen. Anderen wird mit der Einbehaltung des Lohnes für sechs Schichten als Schadenersatz und mit dem späteren Entzug einzelner Wohlfahrts-Einrichtungen gedroht. Aber noch bleiben die Arbeiter fest. Die Bewegung gewinnt sogar an Ausdehnung.

Die Schnapsdestillen sind behördlich geschlossen worden. Beachtenswert ist, daß selbst die Unternehmerpresse sich helfen muß, daß trotz der Masse der Beteiligten und ihrer geringen Schulung die Ruhe nirgends gestört wurde.

Man kann nur wünschen, daß dieser Kampf trotz seiner wenig sympathischen Art der Vorbereitung den ober-schlesischen Grubenflaven eine wesentliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen bringen möge, daß aber auch die spontane Begeisterung einen nachhaltigen Rückschlag in einer Stärkung der Organisation äußert. Nur dies garantiert einen dauernden Aufstieg.

Der Färberstreik in Krefeld dauert trotz des Verrates der christlichen Gewerkschaft fort. Statt der ehemaligen 2300 Arbeiter sind aber auch jetzt nur etwa 300 in den Betrieben und diese setzen sich zum größten Teil aus vollen und ungeduldeten von außerhalb herangeholten ungelerneten Arbeitern zusammen. Von den Mitgliedern des christlichen

Verbandes ist nur ein Teil dem Aufse seiner Verbandsleitung gefolgt, manche sind zum freien Verband übergetreten, weil sie sich nicht verkaufen lassen wollten. Um aber seine Mitglieder als Streikbrecher in die Betriebe hinein zu zwingen, hat der christliche Verband bekanntgemacht, daß mit dem 9. April die Unterstützung der Ausständigen aufhöre, wer bis dahin nicht Order pariere, werde nicht mehr als Verbandsmitglied betrachtet. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich über zwei Drittel der beteiligten christlichen Arbeiter dafür ausgesprochen hatten, Hand in Hand mit ihren freiorganisierten Kollegen den Kampf fortzusetzen.

Der Arbeitererrat der christlichen Verbandsleitung hat nun leider auch schon ein Menschenopfer gefordert. Ein christlich organisierter Färber, Karl Blummann, der es nicht über sich bringen konnte, an seinen Klassenossen Verrat zu üben, ist in den Rhein gegangen, der ihn nur als Leiche wieder herausgab. Widmeyer war seit 14 Jahren Mitglied der christlichen Organisation und sah sich nun in seinem Glauben, daß diese die Arbeiterinteressen vertreten wolle, aufs schwerste getäuscht. Auf das Drängen der christlichen Verbandsleiter nahm er am 4. April die Arbeit auf, um sie aber nach zwei Tagen schon wieder zu verlassen. Noch am Todestage, den 14. April, klagte er, daß alles auf ihn einbringe, Streikbrecher zu werden, vor allem seine Frau, und er nun Unterstützung vom christlichen Verband auch nicht mehr bekomme. Leider war er nicht stark genug, diesen Einflüssen zu widerstehen und zum freien Verband zu kommen. So führte ihn dieser Gewissenskonflikt zum Selbstmord, ein Opfer christlicher Verräterei. Die streikenden Färber trauern um den Verstorbenen als einen christlichen Kollegen.

Die Polizeiverwaltung ist den bestreikten Firmen durch den Erlass einer Verordnung entgegengekommen, die das Streikpostenstreichen illusorisch machen soll, und die Polizeibeamten tun nun ihr möglichstes im Fortweisen solcher Boten. Ob solche ungeheuerlichen Maßnahmen helfen werden, ist eine andere Sache.

Die zentralen Verhandlungen im Baugewerbe haben am 22. April zu einer Erklärung der Unparteilichen geführt, wonach die Verträge bis auf weiteres verlängert werden und Zwangsmaßnahmen der Parteien vorläufig zu unterbleiben haben. Die bereits zugestimmten Lohnverbesserungen treten am 2. Mai in Kraft, später zu vereinbarenden erhalten rückwirkende Kraft bis zum gleichen Datum. Die christlichen Verhandlungen, die zurzeit noch im Gange waren, sollten bis 30. April erledigt werden. Am 27. April sollen in Berlin erneut zentrale Verhandlungen, diesmal nach Bezirken getrennt, stattfinden. Bezüglich der Arbeitszeit haben sich die Unparteilichen gegen den Widerspruch der Arbeitervertreter dahin geäußert, daß nach dem Wortlaut des Vertrags ohne Zustimmung der Arbeitgeber über eine Herabsetzung nur für die Orte verhandelt werden könne, wo noch zehnstündige Arbeitszeit besteht und zugleich besonders schwierige Verhältnisse vorliegen.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen berichtet für das Jahr 1912 über eine Mitgliederzunahme von 19 Proz., nämlich von 13 918 auf 16 542. In letztere Zahl einbezogen sind 1144 weibliche Mitglieder. Die Gesamteinnahmen des Verbandes erreichten 450 524 Mk., denen 115 702 Mk. Ausgaben gegenüberstehen. Von letzteren entfallen 31 800 Mk. auf Kranken- und 10 100 Mk. auf Streik- und Gemahregelunterstützung sowie 18 100 Mk. auf die Unterhaltung der Arbeitsnachweise. Der Verband verfügt jetzt über ein Vermögen von 206 795 Mk.

Der Glaserverband hat im ersten Viertel dieses Jahres eine außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit unter seinen Mitgliedern aufzuweisen gehabt. Von 4626 Mitgliedern mußten allein 1645 von der Arbeitslosenunterstützung Gebrauch machen, die infolgedessen allein 32 374 Mark erforderte gegen 7585 Mk. im vierten und 24 500 Mk. im ersten Quartal 1912.

Die schon unbefriedigende Baukonjunktur des Vorjahres scheint auch den Mitgliederstand des Verbandes ungünstig beeinflusst zu haben, denn er schließt das Jahr 1912 mit nur 4603 Mitgliedern ab gegen 4900 zu Ende 1911. Die größten Zahlstellen des Verbandes sind Berlin mit 616, Leipzig mit 587, Hamburg mit 332 und Chemnitz mit 218 Mitgliedern. Das Verbandsvermögen betrug zu Beginn dieses Jahres 148 458 Mk.

Der Putzwerkerverband hat im Jahre 1912 seine Mitgliederzahl von 10 213 auf 11 088, also um 8,75, gesteigert. Neben die Hälfte der Gesamtzahl, nämlich 5259, stellten die weiblichen Mitglieder. Diese hatten aber im Berichtsjahre unter außerordentlicher Arbeitslosigkeit in der Strahlpulverindustrie zu leiden, wodurch es kommt, daß die durchschnittliche Vertragsleistung bei den weiblichen Mitgliedern nur 34 Wochen gegen 45 bei den männlichen erreichte.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Justiz gegen die Bildungsbestrebungen der Arbeiter. Unsere Verwaltungs- und Justizbehörden entwickeln, wenn es sich um die Verfolgung von Gewerkschaften handelt, einen Scharfsinn, der mitunter geeignet ist, Kopfschütteln zu erregen. Die nunmehr gegen unsere Zahlstelle Breslau durchgeführte Justizaktion ist ein Beispiel hierfür. Am Vortag 1911 hat die Breslauer Zahlstelle eine künstlerische Veranstaltung arrangiert. Das Melodrama „Enoch Arden“ wurde von Künstlern zum Vortrag gebracht. Diese Betätigung der Organisation, die darauf abzielt das Bildungsniveau der Arbeiter zu heben, hätte eigentlich auch die Behörden mit Befriedigung erfüllen müssen. Die Breslauer Polizei denkt hierüber aber anders. Der Vortag ist ein königlich preussischer Feiertag, von dessen Wichtigkeit die große Mehrzahl der Bevölkerung nicht zu überzeugen ist. Da die Menschheit so verdorben ist, daß sie nicht einsehen will, wie nützlich es ist, den Tag mit Fest- und Aufzügen zuzubringen, hilft die hohe Obrigkeit nach. So besteht eine Polizeiverordnung, welche öffentliche theatralische Vorstellungen und Musikaufführungen am Vortag verbietet. Diese Vorschrift hat die Zahlstelle respektiert, indem die Veranstaltung für die Mitglieder und deren Angehörige und für eingeführte Gäste reserviert war. Trotzdem wurde Anklage erhoben und Schöffengericht und Landgericht kamen zur Beurteilung, weil es sich um

eine öffentliche Veranstaltung gehandelt haben soll. Das Kammergericht hat aber das Urteil aufgehoben, weil der Begriff der geschlossenen Gesellschaft nicht richtig gewürdigt war. Die Sache wurde also ans Landgericht zurückverwiesen.

Bei der zweiten Verhandlung kam das Landgericht wieder zur Beurteilung, weil es sich doch um eine öffentliche Veranstaltung gehandelt habe. Um zu diesem Schluß zu kommen, stellte sich das Landgericht auf den Standpunkt, daß die Zahlstelle Breslau gar kein geschlossener Verein sei. Sie habe etwa 2800 Mitglieder, sei also sehr groß. Die innere Organisation sei sehr lose und der Gewerkschaft und der Verlust der Mitgliedschaft sei an geringe Voraussetzungen geknüpft. In sich ist das, wie jedermann weiß, nicht wahr und bei vielen anderen Gewerkschaften, zumal wenn es sich darum handelt, die Gewerkschaften zu verunglimpfen, wird auf die hohen Beiträge hingewiesen, welche die Verbandsmitglieder zahlen müssen. Jetzt ist zur Abwechslung der in Breslau erhobene Wochenbeitrag von 20 Pf. eine „leichte Bedingung“ zur Erwerbung der Mitgliedschaft. Die Ansicht des Breslauer Landgerichts ist also, wie jeder Kenner der Gewerkschaften weiß, falsch. Aber für die Justiz ist das bedeutungslos. Die Annahme des Gerichts mag noch so irrtümlich sein, seine „tatsächliche Feststellung“ ist unangreifbar.

Gegen das zweite Urteil des Landgerichts wurde wieder Revision eingelegt, das Kammergericht, welches am 15. April darüber verhandelt hat, hat sie aber verworfen. Das Urteil des Landgerichts wurde bestätigt, hauptsächlich deshalb, weil es „tatsächlich festgestellt“ hat, daß die Zahlstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiterverbandes eigentlich gar kein Verein sei, sein Ausstehen also eine öffentliche Veranstaltung war. Der Verstoß gegen die Heiligkeit des königlich preussischen Vortages ist also gerungen. Hoffentlich lassen sich aber unsere Kollegen durch dieses objektiv falsche Urteil nicht davon abhalten, ihre, auf die kulturelle Erhebung der Arbeiterschaft gerichteten Bestrebungen weiter zu verfolgen.

Eingefandt.

Zur Konferenz der Bürstenmacher.

Im Interesse einer einheitlichen und durchgreifenden Agitation unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Bürsten- und Pinselindustrie ist es wohl notwendig, eine Konferenz abzuhalten. Als Ort der Konferenz würde ich ebenfalls Schönheide in Vorschlag bringen; einmal weil es verschiedene Zweige der Bürsten- und Pinselindustrie umfaßt, und außerdem einen fruchtbaren Boden für die Organisation besitzt. Das letztere beweist allein die Tatsache, daß im Jahre 1908 bereits 1240 Arbeiter und Arbeiterinnen einen Kampf gegen das Internerium geführt haben, der in der Geschichte der Bürstenmacher einzig dasteht. Wir können heute mit Gewißheit annehmen, daß die Organisation nie wieder so weit zurückgehen wird, wie dies bis zum Jahre 1909 geschehen ist. Von damals 264 Mitgliedern war die Zahlstelle 1911 schon auf 341 gekommen und ist seitdem weiter gestiegen. Das ist notwendig, im Erzgebirge Wandel in Bezug auf Arbeitszeit und Löhne zu schaffen, darüber wird wohl kein Wort weiter zu verlieren sein, das empfinden wir hier in Dresden am besten. Wie Kollege Scheffer, so möchte auch ich davor warnen, mit übertriebenen Hoffnungen und Forderungen an die Konferenz heranzutreten, denn die Entlastung ist um so größer, je mehr man erwartet hat, und je weniger von dem Erwarteten in Erfüllung geht. Aber unnützer Ballast muß vermieden werden. Es kann auf der Konferenz nur eine allgemeine Aussprache über die Lage in der Bürsten- und Pinselindustrie stattfinden und wie eine durchgreifende Agitation entfaltet werden kann. Die Schaffung von Minimallöhnen oder Arbeitsnachweisen darf gar nicht auf die Tagesordnung kommen, weil die Durchführbarkeit dieser Punkte ein Un Ding ist. Wer jemals in der Lage gewesen ist, Lohn- und Akkordtarife aufzustellen und durchzuführen, der wird die Erfahrung gemacht haben, daß für eine Stadt drei bis vier Tarife gemacht werden möchten, ja sogar für einzelne Werkstätten möchten extra Tarife aufgesetzt werden. In Dresden haben wir zwei Lohnbewegungen erfolgreich durchgeführt und annehmbare Verbesserungen erreicht; aber hinterher hat es sich stets herausgestellt, daß den Tarifen eine ganze Masse Mängel anhaften, weil eben Arbeitsmethoden, Material, Einteilung und Zurichten in jeder Werkstätte anders sind. Mit der Schaffung eines Zentralarbeitsnachweises ist es genau so. Ehe das durchgeführt werden kann, wird noch manches Jahr vergehen. Dazu müssen unsere Kollegen viel mehr Energie besitzen als wie das bis jetzt der Fall war, viel mehr Lust und Liebe zur Arbeit für die Organisation, sie müssen die Laubheit und Schlappeheit abschütteln. Wenn das geschehen ist, dann können wir vielleicht wieder einmal darüber reden, eher aber nicht. Einen breiten Rahmen in der Diskussion wird wohl die Mißbrandfrage einnehmen und einnehmen müssen. Wir haben auf der Konferenz in Nürnberg gesehen, wie mangelhaft die Bestimmungen über die Mißbrandverordnung durchgeführt wurden. Das ist heute kein Paar besser. Im Material für die Verhandlungen auf der Konferenz fehlt es also nicht.

Arthur Rieger-Dresden.

Die vielen Zusicherungen, welche die Anregung zur Abhaltung einer Branchenkonferenz erhalten hat, haben wohl deutlich die Notwendigkeit zur Einberufung ergeben. Der bei den Diskussionen aufgeworfene große Materialstoff gibt zu der Frage Veranlassung, ob solche Branchenkonferenzen in Zukunft nicht regelmäßig, etwa alle 4 bis 5 Jahre, einzuberufen seien. Dadurch wäre sowohl den Branchen gedient, als auch dann die heute übliche „Diskussion auf breiterer Grundlage“ vermieden. Wenn in den 8 Jahren sich ein unverhältnismäßig großes Material angesammelt hat, nun wichtige Fragen wie Minimallöhne, Arbeitsnachweis usw. einfach unerörtert zu lassen, ist wohl nicht richtig. Vielmehr ließe sich eine kurze Besprechung ermöglichen im Zusammenhang mit den einzelnen Punkten der Tagesordnung. Wünschenswert ist auch ein kurzer Bericht der Delegierten über die Verhältnisse ihres Wirkungsortes. Es wäre wohl zu erwägen, ob der Bericht der Zentralkommission und der Dele-

gierten vorher schriftlich den Branchenfunktionären übersandt werden könnte, da dadurch die Beratungszeit über den ersten Punkt eine große Verkürzung erführe. Als Tagesordnung selbst wäre meines Erachtens zu setzen: 1. Bericht der Zentralkommission und Delegierten. 2. Die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer in der Bürsten- und Pinselindustrie. 3. Agitation, Organisation und Grenzstreitigkeiten. 4. Lohnbewegungen, Tarifabschlüsse, Minimallöhne. 5. Berufskrankheiten. Da nun die vorige Branchenkonferenz in Süddeutschland stattfand, so würde ich Berlin als geeigneten Ort der Konferenz vorschlagen, schon mit Rücksicht auf die dortigen Organisationsverhältnisse, als auch darauf, daß Berlin zentral gelegen ist. Die Vertretungsfrage zur Konferenz bedarf noch der vorherigen Regelung, da sonst nur diese Gegenden, wo eine größere Anzahl Berufsangehörige beschäftigt sind, Delegierte entsenden und somit noch nicht der beabsichtigte Erfolg gegeben ist. Die Zentralkommission kann wohl an Hand des statistischen Materials eine Einteilung der Gegenden, wofür die Branche schwach vertreten ist, in Wahlbezirke vornehmen bzw. vorschlagen. Den Kollegen dieser Bezirke läge dann die Arbeit ob, sich mit den in Betracht kommenden Zahlstellen wegen der entstehenden Unkosten in Verbindung zu setzen und ist wohl bei der Wichtigkeit dieser Konferenz deren Entgegenkommen sicher. Die Konferenz müßte aber noch vor Winteranfang stattfinden, damit das dort gewonnene Material bei der Winteragitation verwendet werden kann.

F. A. Dieß-Barmen.

Zur Branchenkonferenz der Kammmacher.

Noch niemals wurde unser Organ zur Propaganda für Branchenkonferenzen kleinerer Berufe so viel in Anspruch genommen als jetzt. Es ist aber auch kein Wunder, wenn man bedenkt, daß durch derartige Konferenzen den zurückgebliebenen Berufen auf die Füße geholfen werden kann. Zieht man noch in Betracht, in welcher beneidenswerter Lage sich doch die Kollegen im Tischlergewerbe und gegenüber befinden, welchen enormen Vorteil diese Kollegen von der Tarifpolitik unseres Verbandes haben, so ist es auch leicht begreiflich, wenn es einmal endlich dämmert unter unseren Kollegen. Was hat es denn für einen Zweck, wenn diejenigen Kollegen unserer Branche, welche schon seit längerer Zeit unter einigermassen annehmbaren Bedingungen arbeiten, immer wieder erneut an ihren Arbeitgeber herantreten mit der Hauptforderung unserer Organisation, auf Verkürzung der Arbeitszeit zu drängen, und derselbe immer wieder in der Lage ist, auf die lange Arbeitszeit bei seinen Konkurrenten hinzuweisen, und einem dann noch den guten Rat gibt, erst einmal bei den dortigen Arbeitgebern dafür sorgen zu wollen, daß die Arbeitszeit verkürzt wird, damit auch er wieder konkurrenzfähig ist. Besteht doch nach einer vor einem Jahr aufgenommenen Statistik in Ober-Ramstadt eine normale Arbeitszeit von 60-62 Stunden pro Woche, bei Hochkonjunktur werden dann noch pro Tag 2-3 Ueberstunden gemacht, ebenso in Bensheim. Unter diesen Umständen wird es doch jedem klar sein, daß diese Orte den einigermassen fortgeschrittenen Betrieben wie Bleislumpen an den Füßen hängen und dieselben an ihrer Fortentwicklung hemmen. Diesen Uebelstand muß unter allen Umständen abgeholfen werden. In dieser Hinsicht wäre es gut, wenn man ganze Bezirke zusammenschaffen würde, um ihre Wünsche und Forderungen gemeinsam zu beraten, um dann auch gemeinsam auf ein Ziel zu marschieren. Genau so hat man es auch im Tischlergewerbe gemacht, da hat man auch zuerst einzelne Städte gehabt, sodann Bezirke und Gruppen. In dieser Hinsicht dürfte die Konferenz ihre Hauptaufgabe zu erfüllen haben.

Fritz Bischoff, Galt.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Deutscher Geschichtskalender für 1913. Verlag von Felix Meiner, Leipzig. Dieser Geschichtskalender erscheint in monatlichen Heften und verfolgt die Aufgabe, die Tagesgeschichte festzuhalten. In kurzen Notizen werden alle wichtigeren Vorgänge des öffentlichen Lebens registriert und der Umstand, daß die Monatshefte jeweils drei bis vier Wochen nach Ablauf des betreffenden Monats vorliegen, erhöhen den Wert des Werkes, dessen Preis mit 6 Mk. pro Halbjahr als angemessen bezeichnet werden kann. Das vorliegende Märzheft registriert u. a. die Reisen und Reden des Kaisers in diesem Monat, es enthält aber auch interessanteren Stoff. Insbesondere sei auf die Widmung des Inhalts der Militärverordnungen der Deckungsvorlage sowie von Preßstimmen zu diesem Gegenstand hingewiesen. Das Märzheft kann auch allein zum Preise von 80 Pf. bezogen werden.

Das Internationale Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung, welches von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben wird, verfolgt ähnliche Ziele, wie das vorgenannte Buch, unterscheidet sich aber ganz wesentlich von jenem. Während dort von reichlich 100 Seiten nur knapp eine halbe der Arbeiterbewegung gewidmet ist, betrachtet das Internationale Jahrbuch alle Vorgänge vom Standpunkt der Arbeiterbewegung. Es erscheint in vierteljährlichen Lieferungen. Der erste Jahrgang, der die Ereignisse des Jahres 1912 umfaßt, liegt abgeschlossen in einem Bande von 550 Seiten vor. Das umfangreiche Sachregister erleichtert das Nachschlagen. Das Internationale Jahrbuch ist ein noch junges Unternehmen, aber seine Schaffung entspricht einem tatsächlichen Bedürfnis. Der erste Jahrbuchband kostet 10 Mk., gebunden 12 Mk.

Briefkasten.

F. A. Nürnberg und andere. Ueber die aus Anlaß der gegenwärtigen Agitation unter den Bürstenmachern stattfindenden Versammlungen können Einzelberichte nicht veröffentlicht werden, da nach einem geltenden Verbandsratsbeschlusse über solche Touren die Referenten zusammenhängend berichten sollen.

* Des Pfingstfestes wegen muß die Nr. 20 schon am Sonnabend, den 10. Mai, abgeschlossen werden. Wir bitten unsere Korrespondenten, dies zu beachten.

